Ahauser Kreiszeitung

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Ahaus. = Zentral-Organ für das nordwestliche Münsterland,

verbunden mit Eper Volksblatt, Gronauer Volkszeitung, Nienborg-Heeker Zeitung, Stadtlohner Anzeiger, Vredener Volksblatt

Erscheint täglich. — Bezugspreis: Monatlich 2 Goldmark ohne Bestellgeld.
Schriftleitung und Geschäftsstelle in Ahaus.
Rotationsdruck und Verlag von Gebr. Lensing, Dortmund.
Verantwortlich für die Redaktion: B. Maßmann in Ahaus.
Bankkonten: Kreis- und Stadtsparkasse Ahaus und Gewerbebank Ahaus.

Telegramm-Adresse: Kreiszeitung Ahaus i. W. — Fernsprecher: Nr. 50. — Postschließfach Nr. 20. — Postscheck-Konto: Hannover Nr. 22739. — Wöchentliche Gratisbeilage: Erholungsstunden für das christliche Volk.

Anzeigenpreise: Das 30 mm breite mm 8 Goldpfennig. Bei Wiederholungen Rabatt nach festem Tarif. Reklamen: Das 80 mm breite mm 50 Goldpfg.
Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler keine Haftung übernommen. Erwaiger Rabatt gilt als Kassarabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 8 Tagen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.

Nummer 54 | Ahaus, Sonntag, den 24. Februar 1924 | 44. Jahrgang

Das neue Wahlgesetz zum Reichstage

will, wie kurz berichtet, die Reichsregierung dem jetzigen Reichstage nicht mehr vorlegen. In diesem Wahlgesetz waren hauptsächlich folgende Neuerungen vorgesehen:

1. Das Wahlrecht sollte erlangt werden mit dem 25. Lebensjahre, während es jetzt bereits mit dem 20. Lebensjahre erreicht wird. Vor dem Kriege war das 24. Lebensjahr die Grenze für die Wahlfähigkeit.

2. Die Zahl der Mandate sollte erheblich vermindert werden — und zwar erstens aus Sparsamkeitsgründen und zweitens zur Förderung der Arbeitsfähigkeit des Reichstags.

3. Das jetzige Listen-System für die großen zusammengefaßten Wahlbezirke sollte fallen und wieder die Wahl in Einzelbezirken erfolgen, um den Kontakt zwischen Wählern und Gewählten besser herzustellen.

Die Parteiführer haben mit dem Reichsminister des Innern über diese Wahlvorlage verhandelt und sind zu dem Ergebnis gekommen, das Wahlgesetz diesem Reichstage nicht mehr vorzulegen, einmal weil es sehr zweifelhaft sei, ob es geschäftsordnungsmäßig noch erledigt werden könne, dann weil es höchstwahrscheinlich neue innere Kämpfe hervorrufen würde, die in diesem Augenblick möglichst zu vermeiden seien.

Man kann diese Gründe verstehen und würdigen, aber doch Bedenken haben, ob sie ausschlaggebend sein können, um die Reichsregierung zu der jetzigen Passivität zu verurteilen.

Wie wir hören, hat sich auch der Reichsrat mit dieser Frage befaßt. Er ist fast einmütig zu einer anderen Entscheidung gekommen. Sowohl Preußen als die Vertreter der übrigen Länder sagen sich zunächst, daß die Reichsregierung ein gegebenes Versprechen jetzt unter dem Druck der parlamentarischen Verhältnisse nicht einlösen wolle. Bei der Verabschiedung der letzten Wahlnovelle sei ausdrücklich vom Regierungstische das Versprechen gegeben, noch diesem Reichstage ein neues Wahlgesetz vorzulegen. Nur infolge dieses Versprechens habe der Reichsrat keinen Einspruch erhoben gegen die letzte Wahlrechtsnovelle. Zweitens sagen sich die Vertreter der Länder: Wenn man überall im Reiche abbaut, ist es notwendig, daß der Reichstag selbst zunächst ein gutes Beispiel gibt sowohl bezüglich der Diäten als der Zahl der Abgeordneten. Erst wenn der Reichstag vorangehe, könnten die Parlamente der Einzellandtage nachfolgen.

Der Reichsrat wird in Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte aller Voraussicht nach in dieser Woche seine Stellung dahin präzisieren, daß er verlangt, daß die Reichsregierung das neue Wahlgesetz ihm (dem Reichsrat) vorlegt. Der Reichsrat will es beraten und an den Reichstag gelangen lassen, um diesem dann die Verantwortung vor dem Lande zuzuschieben, wenn nichts zustande kommt.

Von den parlamentarischen Parteien des Reichstages nimmt die demokratische Fraktion eine etwas auffallende Sonderstellung ein. Sie möchte unter allen Umständen zu dem früheren Wahlsystem zurückkehren, nach welchem jeder Wahlkreis für sich einen einzelnen Abgeordneten zu wählen hatte und meistens die Stichwahlen erst die Entscheidung brachten. Wenn man bedenkt, daß in früheren Zeiten die Fortschrittspartei bei den Hauptwahlen meistens leer ausging und erst bei den Stichwahlen ihre Mandate erhielt, dann hat man des Rätsels Lösung für die jetzige Haltung der Demokraten.

Die Zentrumspartei verkennt nicht die Gründe, welche im Reichsrate für die Einbringung des neuen Wahlgesetzes vorgebracht sind, sie hat nur in diesem Augenblick Bedenken, die Dinge in Fluß zu bringen, weil die inneren Verhältnisse im deutschen Vaterlande so verworren sind, daß sie durch ein neues Wahlgesetzt nicht erschwert werden dürfen. Es ist schade, daß die Frage nicht früher in Fluß gebracht ist. Einen Vorwurf daraus für die jetzige Reichsregierung zu konstruieren, wäre ungerecht, weil man zugeben muß, daß es seit ihrem Bestehen geradezu übermenschlicher Anstrengung bedurft hat, um andere dringliche Aufgaben zu lösen. Ob das besetzte Gebiet zur Wahl kommt, ist noch unentschieden. Manche Gründe sprechen dafür, manche dagegen. Wir haben keine Freiheit in Presse und Versammlungen.

Unberufene und zweifelhafte Elemente sind an der Arbeit, im Trüben zu fischen und unseren Anhängern die Köpfe zu verdrehen, natürlich nur zu dem Zweck, um einigen Hetzern einen Sitz im Reichstage zu erobern. Was ist heute leichter, als zu schimpfen und zu hetzen oder ein neues Parteigrüppchen von Eigenbrödlern zu bilden? Sogar der „Dortmunder Generalanzeiger" hat eine neue Partei gebildet, die sich „Republikanische Partei" nennt. Wir raten unseren Freunden auf der ganzen Linie, sofort ans Werk zu gehen und die Zentrumsfahne erhobenen Hauptes überall im Lande aufzurichten und mutig voranzutragen. Sie kann sich sehen lassen. Niemals hat das Zentrum so ideal und national seine Aufgaben aufgefaßt und gelöst wie jetzt, niemals konnte es so stolz sein auf seine Politik als der einzig korrekten und zielsicheren wie in unserer Zeit. Das Kabinett Marx ist ein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte wie kein anderes Kabinett vorher. In der nächsten Woche wird es sich zeigen, daß die Reichsregierung nicht anders handeln konnte, als sie gehandelt hat.

Wahlen in Sicht!

Mit dem Wiederzusammentritt des Reichstages ist im Grunde auch schon die Wahlbewegung in Fluß gekommen. Die Anordnung des Reichs-Innenministers, wonach die Landesregierungen ersucht werden, die Wählerlisten bei den Kommunal-Verwaltungen so rasch aufstellen zu lassen, daß sie spätestens am 23. März auslegungsfähig sind, hat das ganze Parteigetriebe mobil gemacht. Die Sozialdemokraten bezeichnen den Tag des Erlasses des Reichs-Innenministers als den ersten Mobilmachungstag für den kommenden Wahlkampf! Die Deutschnationalen haben dem Reichskanzler mitgeteilt, daß sie als Wahltermin den 6. April für geeignet hielten. An diesem Tage werden auch die Landtagswahlen in Bayern stattfinden. Die die Regierung stützenden Parteien haben sich wegen des Wahltermins noch nicht entschieden, sie warten die weitere Entwicklung der Dinge im Reichstag ab. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag vor seinem natürlichen Ende aufgelöst wird. Die Entscheidung über diese Frage wird aber schon in den nächsten 14 Tagen fallen müssen. Sie wird sofort spruchreif werden, wenn die von der Reichsregierung als „lebenswichtig" bezeichneten Verordnungen angetastet werden sollten. Ein parlamentarisches Gerücht, wonach innerhalb der Regierungsparteien eine Strömung bestehe, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, das Mandat des jetzigen Reichstages um ein halbes Jahr zu verlängern, ist nichts weiter als haltlose Kombination. In den maßgebenden Kreisen der Reichsregierung und der Parteien denkt niemand an eine solche Mandatsverlängerung. Selbstverständlich freilich ist, daß die Frage geklärt werden muß, ob auch der Bevölkerung der besetzten Gebiete die Möglichkeit gegeben wird, vollständig frei und unbeeinflußt ihren politischen Willen kundzutun. Denn diese Bevölkerung hat gerade das erste Anrecht zu sagen, welche politische Führung sie beansprucht.

Ueber das Anleiheprojekt der Sachverständigen.

÷ Paris, 23. Febr.

Interessante Einzelheiten über den Plan der Sachverständigen bezüglich der Aufnahme einer internationalen Anleihe an Hand des deutschen Eisenbahnnetzes gibt der „Newyork Herald" in seiner Morgenausgabe an: Die beiden Eisenbahnsachverständigen schlagen, so schreibt das Blatt, in ihrem Bericht die Aufnahme einer internationalen Anleihe in der Höhe von 2 Milliarden Goldmark innerhalb 6 Monaten vor. An dem gegenwärtigen Eisenbahnnetz in Deutschland seien jedoch eine Reihe von Abänderungen vorzunehmen:

1. Müssen sämtliche deutschen Eisenbahnen, auch die des besetzten Gebietes, von neuem der deutschen Verwaltung unterstellt werden. Durch Schaffung einer neuen Gesellschaft, an der die Verbündeten und ein Teil der Neutralen beteiligt sind, muß darauf gesehen werden, daß die Eisenbahnen streng wirtschaftlich verwaltet werden. Frankreich und die anderen Verbündeten würden eine Art Oberaufsicht über die Eisenbahnen im besetzten Gebiet bewahren. Die internationale Anleihe wird in einer Reihe von Abschnitten erfolgen, die es den Verbündeten ermöglichen, die ersten beiden Jahre des Deutschland zu bewilligenden Moratoriums zu überstehen. Die Anleihe wird mit 7% fest verzinst.

2. Die Sachverständigen regen in dem Wunsche, den deutschen Eisenbahnen zu einer zwangsweisen Einnahme von 1½ Milliarden Goldmark zu verhelfen, eine beträchtliche Steigerung der Tarife an, die zum mindesten den in Frankreich, Belgien und England gültigen Sätzen angepaßt werden müssen.

3. Muß das Eisenbahnpersonal wesentlich herabgesetzt werden.

4. Machen die Sachverständigen der Berliner Regierung den unnötigen Bau von Lokomotiven und Güterwagen zum Vorwurf.

Zu der Frage der Goldnotenbank erklärt „Newyork Herald", daß diese Bank nach Ansicht des Herrn Schacht, die von den Sachverständigen geteilt werde, 2400 Millionen Goldmark an einer neuen Währung herausbekommen könne und später komme ein weiterer Betrag von einer Milliarde Goldmark in Frage. Das ursprüngliche Kapital werde sich zunächst auf 400 Millionen Goldmark beziffern und der Reservebestand werde sich auf 1200 Millionen Goldmark belaufen.

* * *

Beratungen über das Ruhrrevier.

× Paris, 23. Febr. Ministerpräsident Poincaré verhandelte gestern mit dem Kriegsminister Maginot und dem Oberbefehlshaber der französischen Truppen im Ruhrgebiet, General Degoutte. Nach dem „Echo de Paris" wurde die Lage in Deutschland besprochen und im Hinblick auf den Bericht der Sachverständigen die Frage erörtert, welche Konzessionen man dem Ruhrgebiet geben könne, ohne entwaffnet zu werden.

Keine Rückgabe der deutschen Kolonien.

+ Paris, 23. Febr. Der Sachverständigenausschuß Dawes erklärt die Nachricht des „Intransigeant", man habe die Rückerstattung der ehemaligen deutschen Kolonien ins Auge gefaßt, für phantastisch. Angesichts der Genauigkeit gewisser Kommentare, die über die Arbeiten Dawes veröffentlicht wurden, erklärt derselbe, er sei selbst noch nicht in der Lage, vorauszusehen, welches seine Konklusionen sein würden. In der verfrühten Debatte könne man die mit der Aufgabe verbundenen Schwierigkeiten, eine Lösung des Problems zu suchen, vergrößern.

Propaganda!

= Paris, 23. Febr. Das französische Ministerium des Aeußern hat gestern eine Sammlung von Dokumenten veröffentlicht, die 1916 auf Veranlassung des Generals Ludendorff von 200 deutschen Industriellen mitgeteilt worden sein soll. Die Dokumente beziehen sich auf die besetzten Gebiete in Frankreich und Belgien. Die Industriellen hätten für den Fall eines siegreichen Ausganges des Krieges die Bildung eines autonomen Staates im besetzten Gebiet vorgeschlagen, ferner die Auszahlung von 50 Milliarden Franken an Deutschland im Austausch gegen einen etwaigen Abzug der Truppen.

Eine Rede Stresemanns.

= Dresden, 22. Febr. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt heute auf einem Festabend, den die Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei aus Anlaß der 50jährigen Gründungsfeier des nationalliberalen Reichsvereins in Dresden gab, eine Rede.

Er hob hervor, daß im Vordergrunde der Innenpolitik der Kampf des Reiches um seine Einheit stehe. Ruhr, Rhein und Pfalz wolle man vom Reiche trennen, und auch die hannoversche Frage sei wieder aufgetaucht. Die Torheit nach der Revolution habe darin bestanden, daß man alles gleich machen wollte. Es wurden große Worte gebraucht, hinter denen keine Macht stand. Mit der allgemeinen Wehrpflicht sei den Deutschen ein Stück der besten Erziehung genommen. Ohne deutsche Volkseinheit gebe es keine Wendung unseres Schicksals. Der Minister sprach über die Verhängung des Ausnahmezustandes unter seinem Kabinett. Die Veröffentlichungen des „Vorwärts" hätten den Plan einer neuen Weltrevolution in Sachsen klar bewiesen. Ebenso sicher sei, daß Deutschland von den fremden Mächten vor drei Seiten bedroht gewesen wäre, wenn damals von Bayern nach Berlin marschiert worden sei. Dr. Stresemann verglich die heutige Zeit mit der französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß. Man stehe mitten im Kampfe um eine neue Weltorientierung. Um den Staat zu retten, müsse der deutsche Mittelstand wieder in seine Rechte eingesetzt werden. Die deutsche Regierung denke nicht daran, den Ausnahmezustand in besonders gefährdeten Gebieten völlig aufzuheben. Deutschland müßten seine Kolonien zurückgegeben werden. Dem Abg. Dr. Helfferich erkläre er, daß er auch heute noch an der Behauptung festhalte, die er als Abgeordneter getan habe, nämlich, daß die Welt wieder gut machen müsse an Deutschland, was sie ihm angetan habe. Die jetzige Stellung Frankreichs werde möglicherweise eine völlige Umgestaltung der Weltpolitik in der Frage des Versailler Vertrages zur Folge haben. (Beifall.)

Gold'ster Deutscher Weinbrand
Scharlachberg Meisterbrand
Weinbrennerei Scharlachberg A.-G. Bingen a. Rh.
Vertreter: Carl Reichhardt, G. m. b. H. Dortmund, Rathenau-Allee 19.

Das brennende Berlin.

(:) Berlin, 21. Febr.

Mittwoch Abend folgte ich einer Einladung eines befreundeten Abgeordneten zum Sportpalast an der Potsdamer Straße, wo unter ungeheurem Menschenandrang allabendlich die sog. Vorkämpfe ausgetragen werden. Der Sportpalast faßt 12000 Sitze. Jeden Abend ist das Haus ausverkauft. Die Presse hat besondere Ehrenplätze dicht vor der Boxer-Tribüne. Ich sah unter den Pressevertretern u. a. den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Sollmann-Köln, den ehemaligen Reichsminister des Innern. Ein riesiger Raum mit himmelhohen Gallerien, auf denen sich Kopf an Kopf die Menge staute. Der Boden ist loser Sand, auf dem tagsüber sich die Rosse tummeln. Die ersten Plätze, besetzt von ungefähr 2000 Menschen, kosten pro Person 20 Goldmark (!). Ein dichter Rauch durchzieht die weiten Hallen. Trotz des Rauchverbots, das im Laufe des Abends durch Ausrufer wiederholt wurde, qualmen Männlein und Weiblein im edlen Wettbewerb munter drauf los. An einem Kopfende des Raumes thront hoch in den Lüften eine große Musikkapelle, die durch Janitscharen-Musik die Nerven des Publikums aufzupeitschen sucht. Punkt 7½ Uhr wird es inmitten des Saales lebendig. Es werden von den Gallerien Hochrufe, immer stärker und allgemeiner laut, die große Beleuchtung auf der Boxer-Tribüne tritt in Funktion und auf dem Podium erscheinen rechts und links zwei Männer in Boxerhose und Bademantel. Sie lassen sich auf den Eckplätzen nieder. Jedem von ihnen umstehen 3 Bedienteste, die den Boxer zunächst am ganzen Körper salben und einreiben, ihnen Zitronenwasser zu trinken geben und mit naßkalten Tüchern die Herzgegend kühlen. Dann werden den Kämpfern lederne Fausthandschuhe angeschnallt, die ein bestimmtes Gewicht haben müssen. Ein Ausrufer tritt vor, der das Gewicht der Kämpfer angibt und ihre Namen mitteilt. Es sind meistens Berliner Jungens, die mit Dänen, Norweger und Schweden den Kampf aufnehmen. Ein Signal — und die beiden Boxer werfen den Bademantel ab und reichen sich friedlich die Hände, um im nächsten Augenblick wie die wilden Bestien aufeinander einzuhauen. Gewandtheit und Kraft sind entscheidend. Das Ziel ist, dem Gegner soviel Stöße und Schläge mit den Fausthandschuhen im Gesicht, auf den Magen, in die Herzgegend beizubringen, daß er bewußtlos zu Boden stürzt und in den ersten 9 Sekunden nicht wieder aufstehen kann. Das Publikum nimmt regen Anteil an den Kämpfen und geifst mit Zurufen und Pfeifen wiederholt ein.

Ich habe früher mal einem Ringkampfe zugesehen, bei dem bekanntlich das Ziel ist, den Gegner durch Kraft und Gewandtheit auf den Rücken zu legen. Diese Art von Sport ist jetzt überholt durch die aus Amerika importierten Vorkämpfe. Waren schon die Ringkämpfe manchmal nichts weniger als ästhetisch, so muß ich sagen, daß die Vorkämpfe an Roheit nichts zu wünschen übrig lassen, sodaß es mir unverständlich erscheint, wie die Regierung sie zulassen kann. Das Publikum jodelt ordentlich vor Freude, wenn einem Kämpfer die Lappen vom Gesicht herunter hängen, wenn das Blut in Strömen fließt und wenn ein Borer seinem Widerpart einen Faustschlag ins Gesicht oder unter das Kinn gibt, daß er bewußtlos zur Erde taumelt. — E. sind bei solchem Kampfe 4 bis 8 Gänge üblich. Zwischen jedem Gang wird eine kurze Pause gemacht. Während derselben werden die schweißtriefenden und blutenden Glieder gewaschen und gereinigt, dem erschöpften Kämpfer wird Wasser zu trinken gegeben. Nach kurzer Pause geht die Prozedur von neuem los, bis einer, wie gesagt, am Boden liegt. Und so etwas nennt die Welt modernen Sport, für solche Rohheiten begeistern sich tausende Menschen allabendlich und jubeln den „Siegern" zu, genau sowie in Spanien den Stierkämpfern und einst den römischen Gladiatoren. Panem et circenses! Dieses Wort aus alter Zeit fiel mir ein, als ich dem Schauspiel zusah. Während auf der einen Seite millionenfach unser Volk nach Brot schreit und in manchen Familien die bitterste Not herrscht, amüsieren sich hier hunderttausende Menschen ob solch' roher Kämpfe unter dem Vorwande, daß durch sie unsere Jugend gestählt und schlagfertig gemacht werde. Als wenn es keine bessere Mittel dafür gebe! Mit Ekel habe ich mich von diesem „Sportpalast" abgewandt und lese nun heute morgen in den Berliner Blättern die Berichte, welche alle darauf abgestimmt sind, daß die Geschichte gestern abend zu harmlos verlaufen sei. So habe der Berliner bekannteste Borer Rudi Wagener noch nicht eine Runde gebraucht, um den dänischen Meisterschaftsborer Andreasen „ins Traumland zu schicken". Das heißt in verständlichem Deutsch: Kaum hatte der Kampf zwischen Waaner und Andreasen begonnen, als ersterer durch einige richtige, gut gezielte Schläge an den Kopf den Dänen Andreasen zur Strecke brachte. Andreasen taumelte einen Augenblick und brach dann zusammen, ohne sich in den nächsten 9 Sekunden wieder erheben zu können. Das Publikum der Gallerien brach in frenetischen Beifall aus. Das war der Schluß der Vorstellung. In den nächsten Tagen gibts fortgesetzt neue Attraktionen, vielleicht folgen auch „Damen"-Boxkämpfe, die in Berlin nichts Neues mehr sind.

Man mag vom sportlichen Standpunkt über diese „Wehrhaftmachung" unserer Jugend denken wie man will, wir wagen zu sagen, daß es die höchste Zeit ist, daß von seitens der Regierung ein energisches Veto erfolgt. Die Vorkämpfe sind widerliche Rohheiten, die zur Erziehung des Volkes nicht geeignet sind.

Old Dörpem.

Et was im vörigen Johre, am Sunndach no heil. Frohliknam. De graute Prossiaune was an dem Dage utfallen — wegen de Kommunisten! Dorüm was auk worl de Probsteikerke so brerkwull von Lüde, ut alle Pastroten wören se tau haupe kommen. As de Andacht ut was, ston do so Tröppken Lüde ob dem Kerkplasse bien, de mi sau bekannt vorkaimen. As ik hento gono, sog ik, dat es luter olle Bekannte wören, de vör nu bolle 60 Johren de Bänke in de Klausterschaule drücket härren. No un no kaimen noch annere dobi und wie wören ant lest grad en Dutzend tohaupe. Wat was dat ene Fraide unner us ollen Jungens, de sik meistendeils lange nich mer seien harren. — No etliker Tid song ener an to füren: Kerls, so jung kommt wie lange nich wier bien, kommt, lot us in't Gesellenhus gon an us enen drop drücken. Hoho, song do en annern an, du hirst worl noch vürl örwerfleitig Geld, dat du sau kürst; bi us afgeschubten Beamten sitten de Pennige van dage nit so loß! Wat mein it, fonk en annern an, wann wi van dage noch en Stünnken bien blirwen und en birtken spazeiren göngen? Wie kürt örwer düt und dat und do hess wie auk Freide dran. Dat fann allgemeien Bifall. Wie sockeden also los un ener wußt noch mehr wie de annere. Anton sag dobi to mi: Junge, mi es van dage ganz suchtig to Maue, dat de Prozessiaun van dage nich hollen is. Sauwat hess't doch min lewdage noch nicht erlerwt. Ek könn met de Fust dertüschen haun. Alle annern nickköppenden und et sollen Worde — —, na dorüwer mol later mehr. Wie göngen födder un et was en Gedaue, at wann wie noch Schauljungens wören: Weiste dürt noch? Weiste dat noch? — Dann song op enmol Wilm an: Kinner, mi fällt wat in. Können wie olle Kärls nit faker so bien kommen un us so bitken beküren? Dat wör doch schäun. Villicht können wie auk unner us en Verein grünnen. Do leit sik Fritz hören: Quoterie! Hess wie nich all Vereinenaug? En Verein brukt ok en Lokal, wo wie wat verteihren möt, süs schmitt vs de Wert am ersten Dage herut un wie het jo ok vörhen hort, dat van Dage de Pennige auk wahn ror sind. Ek make ink ennen annern Vörschlag. Wie dreppt us alle Sunndage no de 5 Uhrandacht, go dann spazeeren un makt et wie van dage. Dem stimmten alle bi. Un sau is et denn alle Sunndage födder gon. Jo, im Summer hess wie us ok enen Alldag totau nommen un sind op dem ollen Westenkerkhorst tausammerkommen. Twang was nich derbi, wä kom, de kam, un et was iimmer en net Tröppken bien. Ener is unnerdess all storwen — Gortt giff em de ewige Ruh. — Enes Dags krep wir enner en Infall. Et is doch jammerschade, sag he, dat alles wat wi wirtet un bekürt, so unner us blitt. Mi dünkt, datt mög an de Oeffentlichkeit un tworens in de Tituna. Ja, sag Karl, dat wör wat för Fritz blaus so wahne längen draff he nit. Du büst worl unwies, sagg Fritz, eck un schriewen? Kick es mol mine Füste an! Domet sall ik noch schriewen? Eck gläuwe du büst nich recht bi Trauste. Met dem Schriewen wören se nu worll alle inverstohn, doch wä soll nu dat maken: De Vorschläge gongen hin und her, ok en Namen mög da Dinsk hewwen. Namens woren de vörgeschlagen — wi kaimen ut dat Lachen boll nich mehr herut. Ant Enne enigen wie us alle op den Namen „Old Dörpm" un et Unalücksworm wor enstimmig wählt, in de Tidung to schriewen. Eck hess mi nu wahne lange drücket und hess nang te hören kriegen: Jannhinnerk wan fängste dann es mol an! Wat blitt mi nu örwrig? Eck maut nun an Werk gon un es anfangen. Tom Inlot hess ek vört erste dat vertellt, wie wi olle Kumpels bieen sind kommen. Naigstens vertell ich dann wat anners.

Jannhinnerk.

Sozialdemokratie und Führertum.

Die Sozialdemokratie hat als Partei in den fünf Jahren nach dem Kriege in Wirtschaftsfragen einen Mangel an Führertum entwickelt, den man von ihr um so weniger hätte erwarten sollen, als sie sich in diesen Fragen doch für besonders zuständig ausgibt. Das ist ihren Abgeordneten auf den sozialdemokratischen Parteitagen denn auch wiederholt bestätigt worden. Nun schreibt in den „Sozialistischen Monatsheften" (1923, 18. Dez.) ein führendes Mitglied der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, Max Cohen, im Anschluß an die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erfolgte neue Arbeitszeitregelung:

„Welche Verminderung des Ansehens der Partei wie der Gewerkschaft ist damit verknüpft, daß die Zustimmung zur Mehrarbeit jetzt gegen ihren Willen erzwungen ist! Ganz anders stünde die politische wie die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse heute da, wenn sie sich rechtzeitig zur Trägerin der Produktionspolitik gemacht, wenn sie das, was doch geschehen mußte, aus eigenem Antrieb getan und damit auch den Dingen eine soziale Gestaltung gegeben hätte, die man jetzt vermissen muß. Wenn die Partei sich nicht gescheut hätte, damals, als es nottat, sich der Unpopularität auszusetzen und den Massen zu sagen, welche Opfer, Opfer der Arbeitskraft, auch von ihnen erwartet werden, so wäre sie zur Retterin des Volkes geworden. Sie hätte dann Schritt für Schritt bei den positiven Erfolgen, die eine solche Politik gebracht hätte, das seit 1918 sinn- und kraftlos vergeudete, fast unendlich scheinende Kapital an Vertrauen, das den sozialistischen Parteien im November 1918 entgegengebracht worden war, wiedergewinnen und so auch die politische Leitung des deutschen Geschickes übernehmen können. Statt dessen sehen wir die Partei, die im November 1918 die ganze Macht im Reich hatte, heute aus fast allen politischen Machtpositionen verdrängt; und sie, der in früheren Zeiten nichts lieber war als neue allgemeine Wahlen, weil sie auf ihre sich steigernde Anziehungskraft mit unbedingter Sicherheit rechnen konnte, mußte jetzt im Dezember 1923 sich vor nichts mehr fürchten als vor einer Auflösung des Reichstags. Heute sitzt die Sozialdemokratie im Reich wieder auf den von vielen Parteigenossen ja stets herbeigesehnten Bänken der Opposition, aber einer Opposition, die ihre frühere innere Kraft verloren hat, weil die deutsche Oeffentlichkeit desillusioniert ist, die Partei daher auf einen Zuwachs aus unbekannten Reservoiren nicht mehr rechnen kann."

Ob die Partei in den nächsten Monaten den Mut zu größerer Verantwortung finden wird, muß sich noch zeigen. Vorläufig hat sie sich durch den Mangel an solchem in eine ihr wenig günstige Lage gebracht, über deren Tragweite sich ihre Führer wohl am besten klar sind. Mit einseitiger Parteipolitik, die immer fragt, was springt dabei für die Partei heraus, lassen sich eben die großen Fragen des wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Gemeinschaftslebens nicht lösen.

Deutsches Reich.

Eine Aktion des Zentrums im Reichstag.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat bei aller Zustimmung für die großen Linien der Politik der Reichsregierung eine umfassende Aktion in die Wege geleitet, um die sozialen, gewerblichen und allgemein wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich aus den Notverordnungen notwendigerweise ergaben, beheben zu suchen.

Fraktionsbesprechungen.

Die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei hielten am Freitag nach der Reichstagssitzung Fraktionssitzungen ab. Zur Fraktionssitzung der Deutschnationalen Volkspartei waren auch die Mitglieder der Landstagsfraktion hinzugezogen worden. Es wurde beschlossen, außer den bereits für die große politische Aussprache eingebrachten Anträgen noch eine Interpellation wegen der Krise in der deutschen Landwirtschaft einzubringen. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie bereit sei, Maßnahmen zu treffen, die eine Herabminderung der auf der Landwirtschaft ruhenden Steuerlasten auf eine tragbare Grenze herbeiführen, zur Hebung der Kreditnot in der Landwirtschaft beitragen, ein angemessenes Verhältnis zwischen Erzeugerpreisen und Betriebsmittelpreisen in der Landwirtschaft unter Ausschluß jedes Zwanges herstellen und schließlich den Schutz der inländischen Lebensmittelerzeugung und die Sicherstellung der Volksernährung ermöglichen. — Im preußischen Landtag hat die Deutschnationale Fraktion einen Antrag eingebracht, der eine Erleichterung der Gewährung von Rentenmarkkrediten an die Landwirtschaft fordert.

Der verstorbene Staatssekretär Freund

war seit Jahren der bekannteste und einflußreichste Mann im preußischen Ministerium des Innern, ein Mann von umfassendem verwaltungstechnischen Wissen und von seltener Geschmeidigkeit in der jeweiligen Situation. Für die Oberbürgermeister, Provinzialverwaltungen, kurzum alle Selbstverwaltungskörperschaften Preußens war er der Mann, mit dem man immer in entscheidenden wichtigen Fragen zu tun hatte. Auch die Revolution hatte ihn an seinem Platz gehalten, wo er für unentbehrlich galt. Vor einigen Tagen hieß es, daß er wegen seines Gesundheitszustandes endgültig ausscheide. Hoffentlich wird nun endlich auch das Zentrum im Innenministerium Preußens Berücksichtigung finden.

Auflösung von Vereinen.

☞ **Bergzabern**, 22. Febr. Die Spielvereinigung Bergzabern, der Fußballklub Sieglesia und der katholische Jünglingsverein in Bergzabern wurden auf Anordnung der Besatzungsbehörde aufgelöst.

Frankreich.

Pariser Nachtarbeit.

√ **Paris**, 23. Febr. Die Kammer hat in ihrer Nachtsitzung, die um 5,30 Uhr noch andauerte, nach und nach von Artikel 48 an sämtliche Artikel des Finanzgesetzes angenommen und einige Zusatzanträge, die eine Abänderung des von der Regierung vorgeschlagenen Wortlautes verlangen, angenommen. So ist u. a. bestimmt worden, daß im Verlaufe eines Jahres alle noch rückständigen Kriegsgewinnsteuern zu entrichten sind. Diejenigen, die mit ihren Steuern im Rückstande bleiben, haben ab 1. Januar 1924 nicht 6, sondern 10 Prozent Zinsen zu zahlen. Eine Reihe von Artikeln wurde zur nochmaligen Beratung dem Finanzausschuß überwiesen, der im Laufe der Nacht zusammentritt, um über die verlangten Aenderungen zu beschließen. sprache aus. Eine Reihe von Artikeln beschäftigte sich mit der Berechnung der einzelnen Steuerkategorien, die ein allgemeines Interesse nicht haben. Nur die Artikel 89 bis 97 lösten eine besondere Aussprache aus. Sie beschäftigen sich mit der Ueberwachung der Käufer von ausländischen Devisen und mit deren Versand vom und nach dem Auslande. Loucheur erklärte, anstelle dieser Reglementierung und Einschränkung des Devisenmarktes möge er lieber die vollkommene Freiheit des Marktes behalten. Der sozialistische Abgeordnete Auriot verlangte seinerseits eine Devisenzentrale, die der Finanzminister ablehnte. Auriot zieht deshalb sein Amendement zurück. Der Finanzminister bekämpft Loucheurs Forderung. Man stehe mitten in einer Krise und es wäre unvorsichtig, den Kauf und Verkauf der Devisen zu erleichtern. Loucheur erklärte weiter, er habe nicht die Wiederherstellung der Freiheit der Ausfuhr von Waren verlangt. „Ich verstehe wohl, daß Sie den Handel mit Devisen verbieten wollen, aber Sie stehen im Begriffe, der Handelsfreiheit schweren Abbruch zu tun." Man dürfe die Legende von der Nichtausführung der Devisen nicht nähren, man müsse verhindern, daß Privatpersonen Kapital nach dem Auslande bringen. Die Handelsbilanz sei defizitabel, deshalb müsse man jeden Tag Dollars einführen. Etwa 40 Millionen Franken seien von Ausländern in Frankreich angelegt. Diese bringen Zinsen, die das Defizit der Handelsbilanz vergrößern. Außerdem habe man ja auch dem Auslande Vorschüsse geleistet. Trotz des Widerspruches von Loucheur wurden diese Artikel, die sich mit der Reglementierung des Devisenmarktes beschäftigen, nach der Finanzvorlage angenommen. Artikel 89 des von der Kammer heute nacht erledigten Gesetzentwurfes verpflichtet alle Personen, die Devisenhandel treiben wollen, vorher eine schriftliche Zulassung des Finanzministers zu erwirken und den Arrondissementbehörden ihre berufsmäßige Beschäftigung im Devisenhandel zu deklarieren. Diese Deklaration wird nur dann angenommen, wenn ihr eine schriftliche Zulassung des Finanzministers beigegeben ist, die jeder Zeit widerrufen werden kann.

Annahme des Finanzgesetzes.

× **Paris**, 23. Febr. Die Kammer hat den Finanzgesetzentwurf im ganzen mit 354 gegen 218 Stimmen angenommen.

England.

Churchill als Optimist.

× **London**, 23. Febr. Churchill erklärte gestern bei einem Essen der Liga der englisch sprechenden Völker, die einzige Hoffnung auf das Wiederaufleben Europas liege in einem freundschaftlichen Zusammenwirken zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Das Ideal sei keineswegs unerreichbar. Der amerikanische Botschafter Kellogg erklärte, Großbritannien und Amerika könnten mehr tun als die ganze Welt, um den Frieden aufrecht zu erhalten.

Rußland.

Trotzky's „Erkrankung".

× **Moskau**, 23. Febr. Der aus Anlaß des Nichterscheinens Trotzkys zum Jubiläum der Roten Armee ausgegebene amtliche Bericht über den Gesundheitszustand stellt eine Besserung in seinem Befinden fest, hält jedoch noch weitere Pflege für notwendig. Der behandelnde Arzt, Professor Alexandro, erhofft entgegen verschiedenen pessimistischen falschen Berichten eine Wiederherstellung in einigen Wochen. Trotzky erklärte dem Berichterstatter eines Moskauer Abendblattes, er habe in den letzten Monaten vollständig erhöhte Temperatur gehabt und bedürfe weiterer Behandlung und Erholung.

Indien.

Das unruhige Indien.

+ **Delhi**, 22. Febr. Im Staate Nabha in der Provinz Bundschab kam es zu einem Feuergefecht zwischen einer britischen Truppe und 500 bewaffneten und 6000 unbewaffneten Akaris. Die Akaris wurden vertrieben und ließen 14 Tote und 34 Verwundete zurück. Es wurden 100 Gefangene gemacht, darunter ein Mitglied des indischen Nationalkongresses.

von Kahr.

Die „Augsburger Postzeitung" erhält zum Rücktritt von Kahrs aus München einen beachtenswerten Artikel, der die Stärke und die Schwächen des abgegangenen Generalstaatskommissars beleuchtet. In dem Aufsatz heißt es:

Die Zeit ist nicht reich an Männern von auch nur relativer Größe. Zu ihnen gehört unstreitig Gustav v. Kahr, auch wenn man alles von ihm abzieht, das des Volkes Gunst an Größe hinzugedichtet hat. Er ist mehr als der politische Biedermann mit dem Stiernacken, zu dem ihn „die Freunde" so gerne machen, die nun aufatmen, daß sie seiner ledig sind. Er ist mindestens so groß als diejenigen, die sich größer als er dünken. Er hat politische Erfolge und historische Leistungen aufzuzeigen, wo bei anderen kahle Fehlzeichen stehen. Mag sein, daß es auch ein Stück Kahrscher Schuld der Unterlassung und mangelnder Einsicht und mangelnden Weitblickes ist, daß die bayerische Ausbaupolitik einen so schweren Rückschlag erlitten hat, das alles tritt hinter die Tatsache zurück, daß er zunächst die Pläne derer, die Deutschland nie erretten werden, aber Bayern beinahe in den Abgrund gestürzt hätten, zuschanden gemacht, daß er am 9. November 1923 allerdings mit verzweifelten Mitteln, die ihn in den Augen seiner Freunde mit tragischer Schuld belastet haben, Bayern gerettet hat.

Dann geht der Artikel auf die Schwächen des Kahr'schen Regimes ein und führt aus:

Worin besteht unserer Meinung nach diese Schwäche? Vielleicht kann man so sagen: In einem gewissen Mangel an Mut und Klarheit, sich bewußt und öffentlich auf die Kräfte zu konzentrieren, sie zu mobilisieren und sie mit dem Geiste der Initiative zu bewaffnen, die die Kraft Bayerns und damit die eigentlich treibende Kraft für wirklich erfolgreiche bayerische Politik ausmacht. Statt dessen gab man unter dem Druck und vielleicht auch in der geistigen Befangenheit von Tagesströmungen, die zum Teil an den Zielen, die einer bayerischen Politik gesteckt sind, uninteressiert oder gar ihnen feindlich gesinnt sind, seiner Politik eine Fassade, die die gefährliche Eigenschaft hatte, auch auf das Innere des Gebäudes allmählich schädlich zu wirken. Ein allzu enger bayerischer Gesichtskreis verführt zu dem Fehler, den Umkreis der Aufgaben, die man sich stellte, zu weit zu ziehen. Eine ungenügende Kenntnis der gesamtdeutschen Verhältnisse, die einseitig von Leuten, die wiederum die bayerischen Verhältnisse nicht kennen, befruchtet wurden, verführte zu utopischen Vorstellungen über die politischen Einwirkungsmöglichkeiten vom bayerischen Süden aus an die Entwicklungen im Norden Deutschlands. Man erging sich in Lösungen von deutschen Aufgaben, ohne vorher die bayerische Aufgabe gelöst zu haben.

Ist letzten Endes die Beendigung der Ministerpräsidentschaft Kahrs im Jahre 1921 nicht auf solche Gründe zurückzuführen? Die Rücksicht auf jene Kräfte, die sich damals als ur- und überbayerisch ausgaben, während sie in Wirklichkeit ebenso destruktiv auf die bayerische Politik wirkten, wie später in ihrer enthüllten Reinkultur, beschwörte eine Krise herauf mit dem Erfolg, daß damals die Kontinuierlichkeit der angesetzten Entwicklung an parlamentarischen Zwirnsfäden scheiterte. Ganz gleich, ob die Politik, welche die Bayerische Volkspartei damals im Landtage vertrat, in jeder Beziehung richtig war — die darauf folgende Entwicklung sprach mehr für sie als gegen sie — ein wirklicher Staatsmann hätte damals das trotz aller Zeitströmungen wichtigste und politischste Instrument nicht aus der Hand gegeben, sondern sich daraus eine immer schärfere Waffe geschmiedet. Vieles wäre in Bayern anders geworden, wenn damals die Lage, die sich in den Jahren 1920 und 1921 in gesunder Reaktion gegen die revolutionäre und sozialistische Wirtschaft in Bayern herausgebildet hatte, mit gewandteren staatsmännischen Händen ausgebaut worden wäre.

Daß Herr v. Kahr die politische Auswirkung seines Rücktritts im Jahre 1921 falsch beurteilte, erwies sich verhängnisvoll für die ganze politische Entwicklung. Heute allerdings blieb nichts anderes übrig, als die Spule abrollen zu lassen und nur dafür zu sorgen, daß die Explosion einen möglichst geringen Schaden anrichtete. Diese Aufgabe hat Herr v. Kahr bis zur Aufopferung seines persönlichen Ansehens getreulich erfüllt. Wenn man politische Schuldfragen aufrollen will, dann muß man weiter ausgreifen, als es hier geschehen ist, nicht etwa mit der Absicht, persönliche Kritik zu üben, sondern in dem Bestreben, in einer Stunde, die für die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Bayern ohne Zweifel von größter Bedeutung ist, einzudringen in die geschichtlichen Zusammenhänge, die sich allmählich aus dem Wirrwarr der letzten Ereignisse abheben, nicht um zu kritisieren, sondern um zu lernen!

Ausländischer Protest gegen die Abschaffung des Achtstunden-Tages.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf und sein Vorsitzender Thomas haben sich mit den Maßnahmen der deutschen Wirtschaft zur Verlängerung der Arbeitszeit beschäftigt. In der Gewerkschaftspresse wird darauf hingewiesen, daß die deutschen Gewerkschaften auf finanzielle Unterstützung ausländischer, besonders englischer Gewerkschaftsorganisationen, rechnen, da der Kampf der deutschen Gewerkschaften um die Erhaltung des Achtstundentages gleichzeitig auch ein Kampf für internationale Arbeiterziele wäre. Es ergibt sich daraus die Frage, welches besondere Interesse das Ausland für die derzeitige Arbeitszeitentwicklung in Deutschland hat. Nach reichlichen Erfahrungen der Vergangenheit darf, so schreibt die „Köln. Ztg.", ohne weiteres angenommen werden, daß das Ausland diese Fragen nicht so sehr vom Standpunkt internationaler Sozialpolitik wie vom Standpunkt der Gefahren betrachtet, die eine wiederaufblühende deutsche Wirtschaft für die einzelnen konkurrierenden Auslandswirtschaften bringen könnte. In diesem Zusammenhang ist deshalb eine Mitteilung aus Prag besonders interessant, die von Erwägungen der Tschechoslowakei zur Bekämpfung des sozialen Dumpings der deutschen Industrie berichtet. Man fragt sich erstaunt, wie die um Deutschland liegenden europäischen Staaten, die entweder den Achtstundentag entgegen den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes überhaupt nicht durchgeführt oder von vornherein stark durchlöchert oder überhaupt wieder abgeschafft haben, wie gerade diese Staaten aus den verzweifelten Bemühungen der deutschen Wirtschaft, zur höchsten Leistung zu kommen, einen Vorwurf herleiten können.

Vom Standpunkt eines internationalen Sozialismus mag diese Betrachtung der Dinge vielleicht erklärlich sein, vom Standpunkt einer in Wettbewerb stehenden Wirtschaft kann es sich lediglich um selbstsüchtige Konkurrenzerwägungen handeln. Man spekuliert offenbar, wie schon so oft, auf die freien Gewerkschaften und bedient sich ihrer, um dem deutschen Konkurrenten innerpolitische Schwierigkeiten zu machen. Demgegenüber ist die Haltung der Vereinigten Staaten nicht ohne Bedeutung. Diese haben es, wie erinnerlich, abgelehnt, sich am Internationalen Arbeitsamt in Genf und an dessen Tagung in Washington im Herbst 1919 zu beteiligen und die Beschlüsse zur internationalen Ausführung des Achtstundentages mitzumachen.. Es bleibt, so meint das Blatt zum Schluß, deswegen nur zu wünschen, daß das übrige Ausland sich das törichte Schlagwort von dem neuen sozialen Dumping Deutschlands nicht zu eigen macht und daß auch die deutsche Arbeiterschaft sich nicht allzu leichtgläubig vor die Interessen der ausländischen Konkurrenz spannen läßt.

Westfalen und Nachbarprovinzen.

Münster, 21. Febr. Zum neuen Oberpostdirektionspräsidenten ist an Stelle des am 1. März in den einstweiligen Ruhestand versetzten Präsidenten der hiesigen Oberpostdirektion Herrn Gehlhar Oberpostrat Heitmann aus Trier, zurzeit Bremen, ernannt worden. Der neue Präsident ist Westfale und als Sohn des Amtsgerichtsrats Heitmann im Jahre 1870 in Dorsten geboren. Im Jahre 1918 trat er in Buraſteinfurt in den Postdienst und war zuletzt bei der Oberpostdirektion Trier tätig. Nachdem er von dort ausgewiesen war, kam er zur Oberpostdirektion Bremen. Sein Dienstantritt erfolgt am 1. März d. Js.

Bocholt, 21. Febr. Am 17. Oktober vor. Js. durcheilte das Gerücht von einem Mord unsere Stadt. Morgens gegen 7 Uhr wurde der Hilfsladenmeister Wilhelm Schmeink in seinem zu ebener Erde gelegenen Schlafzimmer von seiner Frau, die im oberen Stockwerk geschlafen hatte, tot aufgefunden. Ein scharfer Gasgeruch erfüllte das Zimmer. Der Gasschlauch des nebenan in der Küche stehenden Herdes war nämlich durch das Schlüsselloch direkt auf das Bett zugeleitet worden. So lag kein Zweifel vor, daß der Mann einer Gasvergiftung erlegen war. Wiederbelebungsversuche, die sofort angestellt wurden, waren erfolglos. Nun ist es den Bemühungen der Polizei gelungen, das Dunkel über den Tod des Hilfsbeamten Schmeink aufzuklären. Am Dienstag mittag wurde die Frau des Ermordeten unter dem dringenden Verdachte des Gattenmordes verhaftet, und jetzt hat sie angesichts des immer mehr gegen sie gesammelten, erdrückenden Beweismaterials die Tat eingestanden. Sie gibt an, die Tat ohne Helfer allein ausgeführt zu haben, weil sie ihren Mann, mit dem sie übrigens nur erst ein Jahr verheiratet war, nicht mehr hätte leiden können.

Burlo, 21. Febr. Ein schwerer Kirchenraub wurde in der vorvergangenen Nacht in der hiesigen Klosterkirche verübt. Nach den bisherigen Ermittelungen haben sich zwei Personen, die, wie aus den Spuren hervorgeht, sich über Tage in dem nahen Wäldchen verborgen gehalten haben, in früher Nachtstunde in den Hof geschlichen und eine der wegen des derzeitigen Umbaues noch nicht ordentlich befestigten Türen eingedrückt. Sie öffneten die Kirche, die Sakristei und das Tabernakel und raubten zwei Meßkelche, zwei Monstranzen und einen Speisekelch. Um die Nachforschungen zu erschweren, zerschnitten sie alle Fernsprechleitungen. Eine Nummer der „Wanne-Eickeler Zeitung", die die Diebe zurückließen, deutet aber darauf hin, daß die Täter aus dem Industriegebiet stammen

Lüdinghausen, 21. Febr. Der Vorstand der Zentrumspartei befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit der demnächst stattfindenden Stadtverordnetenwahl. Die Ansicht des Vorstandes war, nach parteipolitischen Grundsätzen und nicht nach Berufsständen zu wählen. Der Vorstand hat an die Spitzenorganisationen des christlichen Arbeiterkartells, des Beamtenbundes und des Handwerker- und Gewerbevereins ein Schreiben gerichtet, in dem sie aufgefordert werden, eine Einverständniserklärung über die Aufstellung der Wahlliste seitens der Zentrumspartei abzugeben. Hoffentlich wird eine Einigung zwischen den einzelnen Ständen erzielt werden, damit im neuen Stadtparlament die Zentrumspartei ihre alte Mehrheit wiedererlangt. — Vom 14—16. Februar fand unter dem Vorsitz des Herrn Oberregierungsrats Dr. König aus Münster die mündliche Reifeprüfung an der Landwirtschaftsschule statt, die sämtliche 49 in die Prüfung eingetretenen Primaner bestanden. Von den Prüflingen wollen 39 Landwirte werden, 10 andere Berufe ergreifen; die Prüflinge stammten aus allen Teilen der Provinz und angrenzenden Gebieten. Die Schule, welche außer einer abgeschlossenen Allgemeinbildung (die früher zum einj.-freiw. Dienst berechtigte) eine gediegene theoretische Fachbildung vermittelt, beginnt ihr neues Schuljahr am 24. April. (Näheres im Anzeigenteil.)

Buer, 21. Febr. Ein Steiger der Zeche „Hugo 2", der im Kriege verschüttet war, ist wegen der zugestellten Kündigung irrsinnig geworden.

Hamm, 23. Febr. Die Beamtenverbände der Provinz Westfalen und zwar Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Deutscher Beamtenbund, Gesamtverband der Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften, Reichsbund höherer Beamten, hatten die Führer der Organisationen zu einer Besprechung vereinigt, um im Hinblick auf die unhaltbar gewordene wirtschaftliche Lage der Beamtenschaft gemeinsam mit den Abgeordneten der westfälischen Wahlkreise die bei der Neuordnung der Reichsfinanzen zu stellenden Forderungen zu beraten. Hierbei wurden die Grundsätze des Etats, die Steuerpolitik und die aus der zu niedrigen Beamtenbesoldung sich ergebende Schädigung der Volkswirtschaft und des Staatswohles eingehend durchgesprochen und folgende Leitsätze aufgestellt: 1. Grundsatz der Besoldungspolitik muß die Erhaltung eines arbeitsfreudigen und unbestechlichen Beamtenkörpers sein. Die jetzige Besoldung, die die Beamten weit unter die Lebenshaltung gleichwertiger Kategorien des Wirtschaftslebens herabdrückt, verletzt diesen Grundsatz aufs schärfste und bedeutet eine große Gefahr nicht nur für den Beamten und seine Familie, sondern auch für Staat und Volksgemeinschaft. 2. Ausgangspunkt für den Aufbau der Beamtenbesoldung muß die Sicherung einer angemessenen Lebenshaltung bereits für die Beamten der untersten Besoldungsgruppen sein. Für die Bezüge der übrigen Besoldungsgruppen ist die Vor- und Ausbildung, sowie die Leistung und Verantwortung des Amtes maßgebend. 3. Die Beamtenbesoldung darf nicht abhängig sein von den jeweiligen Steuererträgnissen. Vielmehr ist es Pflicht des Staates, die Kosten für Staatsnotwendigkeiten — zu denen auch eine gerechte Beamtenbesoldung gehört — durch entsprechende Staatseinnahmen sicherzustellen.

Herne, 21. Febr. Um zu sparen, plant die Reichspostverwaltung in Herne, einer Stadt mit 70 000 Einwohnern, den Fernsprechdienst von 11 Uhr nachts bis 7 Uhr früh einzustellen. Auf Vorstellungen der Stadt, der Industrie, des Handels erklärte die Reichspostverwaltung, daß der Nachtfernsprechdienst aufrechterhalten werde, wenn Herne eine Garantie von 3520 Mark für die Beamtin, Heizung und Licht aufbringe. Trotzdem soll jedes Nachtgespräch noch besonders bezahlt werden. Die Herner Stadtverwaltung richtete an die Reichspostverwaltung die Anfrage, welche Gründe den Anlaß dazu gegeben hätten und ob etwa in ähnlicher Weise auch gegen andere Städte von der Größe Hernes vorgegangen werde. Sie hat aber bis jetzt keine Antwort erhalten. Nun wollen die Fraktionen durch ihre Abgeordneten auf das Reichspostministerium gegen die Zurücksetzung der Stadt Herne einwirken. Auch die Stadtverordneten erhoben in ihrer letzten Sitzung aufs schärfste Einspruch gegen die beabsichtigte Lahmlegung des Nachtsprechverkehrs. Dies ist für Herne, der Sitz der großen staatlichen Verawerksgesellschaft Hibernia, sicher eine unbedingte Notwendigkeit. Nachtfernsprecher erfordert die öffentliche Sicherheit, die Feuersicherung, die Rücksicht auf Kranke und Wöchnerinnen. Obwohl die Stadt Herne grundsätzlich auf dem Standpunkt steht, daß die Reichspostverwaltung den Nachtfernsprechdienst aufrecht erhalten muß, beschloß die Stadtverordnetenversammlung vorsichtshalber, daß die Stadt Herne im Bedarfsfalle die anteilmäßigen Kosten für die Aufrechterhaltung des Nachtfernsprechdienstes beim Herner Postamt übernimmt. Die Stadt erwartet, daß sämtliche Interessenten sich gegebenenfalls an den Kosten beteiligen werden.

Gerichtszeitung.

Ein Kanonendiebstahl.

¶ **Magdeburg**, 23. Febr. Die Diebe, die s. Zt. das französische bronzene Kanonenrohr am Grabe Gneisenaus in Sommerschenburg gestohlen und verkauft hatten, der Schlosser Rischey und seine beiden Söhne, wurden zu Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis zu einem Jahr verurteilt. Ein Produktenhändler, der das Rohr kaufte, erhielt wegen Hehlerei ein Jahr Gefängnis, zwei weitere Angeklagte, die beim Zerkleinern des Rohres halfen, erhielten 4 Monate Gefängnis bezw. 200 M Geldstrafe.

Ein Todesurteil.

¶ **Oels**, 22. Febr. Die Strafkammer verurteilte den Landarbeiter Sburon wegen Mordes zum Tode. Der Verurteilte hatte auf seinen Gutsherrn einen Mordanschlag unternommen, bei dem aber nicht dieser, sondern ein ihn begleitender Oberleutnant getötet wurde.

Die Deutschlandfahrt des A. D. A. C. für Motorräder.

Von Erfurt bis Leipzig.

Leipzig, 22. Febr.

S. D. berichtet der „K. Z." Endlich normale Straßenverhältnisse. Keine Eisberge mehr und keine schneeverwehten Waldstraßen mit Steilböschungen und tausend Tücken. Auf den langen, teils recht guten Geradstraßen nach Leipzig konnten die Deutschlandfahrer die Maschinen laufen lassen. Endlich auch ein Tag fast ohne Stürze. Carolh, Köln, der als Aeltester der Teilnehmer die Etappe Nürnberg—Erfurt nach übelm Sturz an einem Bahnübergang vor Koburg und dadurch erfolgtem Maschinenschaden erst um Mitternacht beendet hatte, ist wieder wacker mit dabei, für den 47jährigen eine erstaunliche Leistung. Auch andre Fahrer, die mit der Bahn Erfurt erreicht hatten, stellten sich heute vormittag 8½ Uhr wieder dem Ablasser. Heute war das Durchschnittstempo vorgeschrieben; es durfte also nicht mehr, wie in den letzten Tagen, stürmisch drauf losgefahren werden, sondern es gab Höchst- und Mindestzeiten. Dennoch bahnten sich die grundsätzlichen Schnellfahrer rasch einen Weg durch das Gros derjenigen, die ihr regelmäßiges ruhiges Durchschnittstempo fahren. In einem kleinen, im Verhältnis sehr starken nur 6-Steuer-Pferdestärken verblüffenden Diriwagen folgten wir den drei am weitesten vorn liegenden Fahrern Eyr, Köln, auf Sunbeam, Högl auf BMW und Rosenbaum, Düsseldorf, auf BMW, die mit 60 Kilometer Geschwindigkeit die Steigungen hinaufschwirrten und es auf den Geradstrecken auf ein gutes 90-Kilometer-Tempo brachten. Allen voran jagte wiederum Peter Visé Aachen, der aus seinem Harley-Davidson-Beiwagenrad ein mehr als 100-Kilometer-Tempo herauszuholen vermag. Es war eine Freude, die drei Fahrer vor sich des Wegs ziehen zu sehen. Die Streckenmarkierung war durch Wegweiserpfeile bekannter Firmen der Automobilindustrie sowie durch zahlreiche Streckenposten gezeichnet. Waren auch wiederum zahlreiche Sportsfreunde an der Strecke, so läßt sich doch weder die Begeisterung noch die Zahl der Interessenten mit jener vergleichen, die wir in Süddeutschland und besonders im Rheinland erlebten.

Nach Durchquerung von Naumburg und Weißenfels bezog sich plötzlich der Himmel, der sich bis dahin in herrlicher Bläue gewölbt hatte, und kurz vor dem Ziel Leipzig bekamen die Fahrer, die nicht knapp vor ihrer Mindestzeit eingetroffen waren, ein Hagelwetter, das mit seinen erbsengroßen Hagelkörnern die meisten zum Absitzen zwang. Wir begegneten zwischen Weißenfels und Leipzig dem Düsseldorfer Rosenbaum, der schon zum dritten Male auf dieser Tagesstrecke Reifen wechseln mußte. Immerhin traf er noch gerade rechtzeitig am Ziel ein.

Da die Strecke Erfurt—Leipzig nur 156 Kilometer lang war, konnte sie nach den vorhergehenden Tagen furchtbarer Strapazen als eine Art Erholungsstrecke gelten. Nennenswerte Steigungen weist sie nicht auf, und wenn nicht alles täuscht, werden sie alle in Erfurt gestarteten Fahrer mit eigner motorischer Kraft bezwungen haben. Da die Ankunft in Leipzig schon um 12¾ Uhr Uhr mittags erfolgte, haben 17-Tage-Fahrer, die nunmehr ein Drittel der Fahrt hinter sich gebracht haben, Gelegenheit, jener Ruhe zu pflegen, der sie dringend bedürfen.

Aus dem Kreise Ahaus.

Ahaus, 24. Februar.

Westfälische Großhandelspreise.

Preis je 50 Kg in Originalpackung ab Lager des Großhändlers in Münster.

Gerstengraupen 17 Rentenmark, Haferflocken 15,75, Kochstärke 26, Roggenmehl 01 12,75, Weizengrieß 18,75, Hartgrieß 20—22, 70 proz. Weizenmehl 14,50, Auszugsmehl 15,75, Viktoriaerbsen 20, grüne Erbsen 19, weiße Bohnen 23, Rüböl 49, Salatöl 60, Deutscher Perlsago 29, lose Makaroni 40, Schnittnudeln 25—26, Burmareis 2 ungl. 17,75, Siam-Patna-Reis 26, grober Bruchreis 15, amerik. Ringäpfel 87—92, Pflaumen, Sackware 35, Korinthen in Kisten 72—76, kleine Rosinen 61, Sultanarosinen 75, Santos-Kaffee 1 prima roh 198, do. 2 superior roh 175, für gebrannte Ware 30 Prozent mehr, Feinblauer Kaffee 240, Malzkaffee, Kathreiner usw. 25 bis 34,50, Kornkaffee, Seligs usw. 25—34,50, Ersatzmischung, 20 Proz. Kaffee, 75, Kakaopulver, Konsumware 110, Tee in Kisten 325—425, Inlandzucker 41, do. Rasinade 43,50, Kunsthonig 45, Marmelade 1 65—80, do. Vierfrucht 40—45, Siedesalz in Säcken 5,75, Steinsalz 3,25, Schmalz 70, Margarine, handelsüblich 52, do. Spezialmarke 59, Corned-Beef per Kiste 32—36, Speck, gesalzen 65, Holländer, vollfett 130—155, do. halbfett 80 bis 95, norw. Heringe 7/800 je Tonne 27, do. Emdener 750/850, je Tonne 55, Zündhölzer 100 Pakete 24 R.-Mk.

*

+ **Der Kath. Gesellenverein** hat heute abend um 7 Uhr einen Familienabend für Mitglieder und Ehrenmitglieder. Herr Lehrer Podlinsky wird einen sehr interessanten Lichtbildervortrag halten, von den Mitgliedern des Vereins wird dem Humor und der Gemütlichkeit von der Bühne aus zu seinem Recht verholfen werden. Siehe auch Inserat in gestriger Nummer.

= Die Mondfinsternis am Mittwoch konnte, wie berichtet wird, leider nicht gut beobachtet werden, weil der Cirrusschleier beständig den Mond umhüllte. Immerhin ließ sich feststellen, daß der verfinsterte Teil diesmal lange nicht so gut sichtbar und so rot gefärbt war, wie das sonst die Regel ist. Somit reiht sich diese Erscheinung den ziemlich seltenen an, wo der Luftzustand über dem Hauptkreise der Erdkugel, der Mond und Sonne im Horizont hatte, verhältnismäßig schlecht gewesen ist, da es ja das durch die Gebiete hindurchgegangene Sonnenlicht ist, welches in den Kernschatten eindringend den verfinsterten Trabanten sichtbar bleiben läßt. Fälle dieser Art sind zuletzt in Deutschland im Oktober 1884 und im Oktober 1902 beobachtet worden, während z. B. im November 1910 der verfinsterte Teil im hellsten Kupferrot erglühte. — Der Halbschatten der Erde hat sich diesmal etwa 20 Minuten nach Schluß der eigentlichen Verfinsterung noch mit freiem Auge beobachten lassen.

× **Fastnacht in Ahaus.** Unsere Stadt wird in den nächsten Tagen im Zeichen des Karnevals stehen. Da öffentliche Fastnachtsfeiern verboten sind, rüsten sich die einzelnen Nachbarschaften, um die alten urgemütlichen Feiern in geschlossenem Kreise zu feiern. Dabei gibt es in der Regel zuerst etwas für den Magen in Gestalt eines kräftigen Mettwurstessens und dann wird dem Durst zu Leibe gegangen. Derselbe soll bei einigen erfahrungsgemäß manchmal sehr groß sein. Wenn dies auch eine Schattenseite der althergebrachten Feier ist, so hat dieselbe doch auch ihre guten Seiten. Sie führt arm und reich zu geselliger Unterhaltung zusammen und das ist in heutiger Zeit besonders begrüßenswert.

= **Theateraufführung im Kanisiusstift.** Die Aufführung des Märchenspiels „König Drosselbart" findet nicht am Montag, 25., abends 8 Uhr, sowie am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, sondern am Sonntag und Dienstag, abends 8 Uhr, und am Montag um 3 Uhr nachmittags statt.

+ **Unfall.** Bei der gestern morgen herrschenden Glätte rutschte die Frau H. an der Ecke vor dem Hotel Orthaus aus und schlug mit dem Kopf hart auf das Pflaster. Hoffentlich hat die Frau keinen ernstlichen Schaden genommen, da sonst wegen Nichtstreuens von Asche u. dergl. der Hausbesitzer für den Schaden aufkommen muß. Leider wird das Streuen von Asche bei Glatteis usw. hier allgemein für unnötig gehalten.

Gronau.

= **Gronau, 24. Febr. Diözesan-Vorständekonferenz der kath. Gesellenvereine.** Am Sonntag, 17. Febr., fand im Gesellenhause zu Münster eine Vorständetagung der kath. Gesellenvereine der Diözese Münster statt. Diözesanpräses Domvikar Dr. Veen war der Tagung ein umsichtiger und begeisterungsvoller Leiter, der mit warmen, zündenden Worten seine Kolpingsjöhne zu bannen wußte, die gekommen waren oben von der Nordsee her bis unten zum Niederrhein. Sein besonderer Gruß galt den Brüdern des besetzten Gebietes. Als anwesende Ehrengäste sprachen die Herren Oberbürgermeister Dr. Sperlich und Handwerkskammer-Syndikus Schürmann anspornende Worte an die Gesellen. Dr. Stricker-Münster behandelte alsdann in klarer, fest umgrenzter Form unsere Stellung zu den großen Problemen der Weltpolitik und Weltwirtschaft. Die beste Hebung und Wiedergesundung unseres Landes und Volkes wird dadurch ermöglicht, wenn nur christlich-deutsche Politik und eine auf sittlich feste Ideen eingestellte Wirtschaft sich in den großen Weltrahmen einzufügen bestrebt ist. Das Programm des kath. Gesellenvereins ist stets auf dieses Ziel eingestellt gewesen. Solide, religiöse Grundlagen in seinen Mitgliedern zu schaffen und ihnen eine moralisch-höhere, idealere Auffassung und Wertschätzung der Arbeit und des Berufes zu vermitteln, war allzeit und heute nicht minder eine der ersten Aufgaben des Gesellenvereins. So leistet er innere Wiederaufbauarbeit. Vereinsbruder Winkler-Köln referierte anschließend über das Thema: „Wie helfen wir unsern Arbeitslosen und Auswanderern?" Im Vortrage wie in der Diskussion wurden praktische Winke und Anregungen gegeben. Der Gesellenverein als Familie wird über dieses Zeitproblem nicht gleichgültig hinweggehen können. Der Gedanke des Familiengeistes und der Brudergesinnung im Kolping'schen Geiste wird sich gerade in Tagen der Not in der praktischen, helfenden Tat beweisen. Dies war der Eindruck aus der Debatte. Dem diesbezüglichen Vorschlage, aus einem bestimmten Prozentsatz der Mitgliedsbeiträge, die erhöht werden, einen Diözesan-Wohlfahrtsfonds zu schaffen, wurde zugestimmt. Bei der Zentrale in Köln ist eine Beratungsstelle für auswandernde Gesellen eingerichtet, die vom Reichsauswanderungsamt Berlin offiziell anerkannt ist. Auf die besonderen Schwierigkeiten und großen Enttäuschungen bei der Auswanderung wurde betonend hingewiesen. Wer aber auswandert, geht als Katholik und Deutscher. Diözesanpräses Dr. Veen leitete die Debatte ein über Sommerarbeit, örtliche Vereinstätigkeit und Organisationsfragen. Diese war überaus fruchtbar. Praktische, wertvolle Ratschläge und Winke wurden ausgetauscht. Aus allem klang der Wille durch, zielbewußte fruchtbringende Arbeit zu leisten im Dienste der katholischen Sache. Immer wieder wurde der überzeugende katholische Gedanke betont. Im Gesellenverein als katholischen sozialen Verein soll praktischer Katholizismus getrieben werden. Wenn Dr. Veen in schaurig eindringlichen Worten das tiefe physische Elend und sittliche Chaos des deutschen Volkskörpers vor Augen führte, so muß man begrüßen, daß die Konferenz allen örtlichen Vereinen die Abhaltung von religiösen Sonntagen, sogenannten Einkehrtagen zur Pflicht machte. Zu Standesexerzitien soll jeder Verein Vertreter entsenden. Offene Exerzitien in den Vereinen wurden warm empfohlen. In der Ausbildung der Mitglieder auf fachwissenschaftlichem Gebiete und sozial-allgemeinen Kenntnissen soll nicht nachgelassen werden. In Münster wird im Laufe des Sommers ein mehrtägiger, von sachkundigen Hand geleiteter Kursus für Theaterkunde und Vortragskunst stattfinden. Eine besondere Tagung wird sich mit dem wichtigen Thema „Kino und Zeitung" befassen. In diesem Jahre wird auch ein Diözesan-Gesellentag stattfinden, jedoch in anderer Form, wien er vorgesehen war. Vom 22.—27. Juli findet nämlich in Amsterdam der große eucharistische Weltkongreß statt. Der Vorschlag des Diözesanpräses, an dieser großen katholischen Weltkundgebung geschlossen teilzunehmen, fand freudigste Zustimmung. Das Diözesanpräsidium wird die weiteren Vorbereitungen hierzu treffen. Aus der Tagungsdebatte soll nicht unerwähnt bleiben, daß zu den kommenden Wahlen der Gesellenverein sich, getreu seinen Prinzipien, hinter die Partei stellt, die allzeit eingetreten ist und gekämpft hat für christliche Grundsätze und katholische Ideen. Die Versammlung der Vereinsvorstände erhielt ein besonderes Gepräge durch das Erscheinen des hochwürdigsten Herrn Bischofs Dr. Johannes Poggenburg, der während der Versammlung den Saal betrat und freudig begrüßt wurde. Der Oberhirte folgte den Beratungen seiner Kolpingsgesellen mit wohlwollendem Interesse. Nach anspornenden beredten Worten des Herrn Diözesanpräses richtete der hochwürdigste Herr Bischof das Schlußwort an die Gesellen. Er legte seinen väterlich besorgten Worten die Gesellenvereinsdevisen: Religion und Tugend, Arbeit und Fleiß, Eintracht und Liebe, Frohsinn und Scherz, zugrunde und erteilte der Versammlung den bischöflichen Segen. So fand die Tagung einen erhebenden Abschluß. Ein gemeinsames Essen, an dem auch der Herr Bischof teilnahm, vereinigte die Kolpingsbrüder nach der Tagung zu gemütlichem, sinnigem Beisammensein. So hat denn die Diözesan-Vorständekonferenz bewiesen, daß Kolpings Jugend, im Kerne noch gesund und gut, kämpft und ringt und sich nicht von Strömen und Klippen einer gefahrvollen Zeit mit fortreißen läßt. Kolpings Jugend ist sich bewußt der moralischen Verantwortung und sittlichen Pflichterfüllung der Allgemeinheit gegenüber. Sie ist sich aber auch bewußt, daß sie einmal mit die Trägerin der Zukunft ist. Kolpingsgeist wird ihr Streben und Handeln beherrschen.

= **Gronau, 23. Febr. Die Konsumgenossenschaft „Eintracht"** hält heute abend 8 Uhr bei Lilienfeld ihre Hauptgeneralversammlung ab, worauf wir auch an dieser Stelle noch besonders aufmerksam machen.

= **Gronau, 23. Febr. Für Werkmeister.** Heute abend 7 Uhr findet im Hotel „Zur Post" eine wichtige Versammlung für alle Werkmeister und technischen Angestellten statt, zu der hiermit nochmals freundlichst eingeladen wird. Einzelheiten sind aus dem Inserat in gestriger Nummer zu ersehen.

:?: **Gronau, 24. Febr. Theaterabend.** In der „Concordia" findet heute abend 7 Uhr ein Theaterabend mit reichhaltigem Programm statt. Der Besuch kann allen nur bestens empfohlen werden.

+ **Gronau, 23. Febr. Schöffengericht.** Der Angeklagte H. von hier wurde wegen Sittlichkeitsverbrechen zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Strafsache K. wurde der erhobene Einspruch, da der Angeklagte nicht erschienen war, verworfen. Der Eisenbahnschaffner B. erhielt wegen Beleidigung eine Geldstrafe von 100 Goldmark, an deren Stelle tritt im Nichtbeitreibungsfalle für je 5 Mark Geldstrafe 1 Tag Haft. Der B. von hier stand wegen verbotener Ausfuhr unter Anklage. Er erhielt eine Geldstrafe von 20 Goldmark. Dagegen wurde der Angeklagte H. W. von hier, der Waren eingeführt haben sollte, wegen Beweismangel freigesprochen. Die beiden Angeklagten K. und A. aus Epe, die den Jagdverordnungen zuwider gehandelt hatten, wurden zu je 25 Mark Geldstrafe verurteilt. H. H. erhielt wegen verbotener Ausfuhr eine Geldstrafe von 200 Mark, während H. Sch., der ebenfalls Gegenstände ausgeführt haben sollte, kostenlos freigesprochen wurde. Der Angeklagte B. von hier wurde wegen Fundunterschlagung zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt und hat außerdem die Kosten des Verfahrens zu tragen. Der G. v. d. W. war wegen Diebstahls angeklagt. Das Gericht verurteilte ihn zu je 4 Monaten Gefängnis. Dem Verurteilten fallen ferner die Kosten des Verfahrens zur Last. Wegen Beleidigung erhielt der Angeklagte L. eine Geldstrafe von 20 Mark. Der F. W. stand wegen verbotener Einfuhr unter Anklage. Er wurde zu 15 Goldmark Geldstrafe verurteilt. Der Verurteilte hat außerdem den dreifachen Wert des Objektes und die Kosten des Verfahrens zu entrichten.

* * *

= **Epe, 23. Febr. Der Schützenverein Fuchte, Gerdingseite und Storkerhoot** hielt am vergangenen Sonntag seine diesjährige Generalversammlung beim Festwirt Anton Albers ab. Einstimmig wurde beschlossen, in diesem Jahre das Schützenfest am 29. und 30. Juni zu feiern. Die Restauration wurde dem alten Festwirt wieder übertragen. Mit großer Begeisterung wurde der alte Oberst, Herr Gerhard Hörmann, wiedergewählt, der sicher auch in diesem Jahre wie in den früheren das Fest durch seine Witze und seinen köstlichen Humor verschönern wird. Auch die Wahl der anderen Offiziere fand statt und sämtliche Gewählte nahmen die Wahl an.

= **Stadtlohn, 23. Febr. Eine Stadtverordnetensitzung** findet heute abend 6 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaale statt. Die Tagesordnung weist folgende Punkte auf: 1. Anträge mehrerer Stadtverordneten die städtischen Lichtwerke betreffend. 2. Neuwahl von zwei Mitgliedern der Lichtkommission. 3. Entschädigung des Turnhallenwärters. 4. Kleidergeld für den Polizeiassistent Neckers. 5. Abänderung des Statuts der Stadt Stadtlohn betreffend der Zahl der Stadtverordneten.

Vreden, 23. Febr. Fahrplanänderung der W. L.-E. Infolge Verlegung des Fahrplans der Strecke Dorsten—Borken—Winterswyk treten ab 24. Februar folgende Fahrplanänderungen ein: Zug 52 fährt 18 Minuten später, Stadtlohn ab 5,43, Borken an 6,19 vorm. Zug 53 nimmt den Anschluß 7,06 von Dorsten auf und fährt 23 Min. später, Borken ab 7,13, Stadtlohn an 7,54. Zug 72 S. fährt 13 Min. später, Stadtlohn ab 7,57, Vreden an 8,16. Zug 73 S. fährt 12 Min. später, Vreden ab 8,21, Stadtlohn an 8,40. Zug 60 S. fährt 10 Min. früher, Stadtlohn ab 2,00, Borken an 2,38 und erhält Anschluß um 2,53 nach Dorsten. Zug 61 S. nimmt den Anschluß 4,30 von Dorsten auf und fährt 10 Min. später, Borken ab 4,40, Stadtlohn an 5,27. Zug 64 fährt 20 Min. früher, Stadtlohn ab 6,06, Borken an 6,55 und erhält Anschluß um 7,06 nach Dorsten. Zug 83 fährt 24 Min. früher, Borken ab 8,00, Stadtlohn an 8,36. Zug 84 fährt 14 Min. früher, Stadtlohn ab 9,03, Vreden an 9,24.

× **Vreden, 23. Febr. Elternabend der höheren Stadtschule.** Am Mittwoch fand eine Versammlung der Eltern der höheren Stadtschule statt, zu der auch der Schulvorstand, der Lehrkörper und die Vertreter der einzelnen Berufsgruppen eingeladen und erschienen waren. Das höhere Schulwesen steht in der heutigen Zeit mehr als je im Vordergrund aller Bestrebungen und davon gab auch die große Versammlung beredtes Zeugnis. An der Schule unterrichten 4 hauptamtliche und 3 nebenamtliche Kräfte. Die Anstellung einer 5. Lehrkraft (der 3 wissenschaftlichen), eine Studienassessors zu Ostern 1924, wurde allgemein begrüßt. Die Schule untersteht dem Gymnasium in Bocholt und wird vierteljährlich einmal durch den Direktor revidiert. Das Ergebnis der Revision ist recht günstig gewesen. Die Besuchsziffer der Schule ist z. Zt. 87. Erfreulich war es, zu vernehmen, daß schon jetzt aus der Stadt 24 Anmeldungen zu Ostern d. J. vorliegen. Wie man hört, ist auch jetzt aus der Landgemeinde ein größerer Besuch als früher zu erwarten. Man rechnet damit, daß die Schülerzahl mit Beginn des neuen Schuljahres 100 überschritten haben wird.

Vreden, 23. Febr. Mittelstandsversammlung. Am Dienstag abend hatten sich Handwerker und Gewerbetreibende im Ameroungen'schen Saale versammelt, um einen Vortrag eines Herrn von der Handwerkskammer Münster über Organisation der Berufe und Steuerfragen zu hören. Leider war die Versammlung nicht so besucht, wie man es der Wichtigkeit des Vortrages entsprechend hätte erwarten können.

+ **Vreden, 23. Febr. Von der Landesbahn.** An den Vorkener Markttagen (13. März, 3. April, 29. April und 15. Mai) fahren die Züge 72 S., 73 S. und 54 S.

V **Vreden, 23. Febr. Alte Sitten und Gebräuche.** Alter Sitte gemäß feiern in den Tagen vor Fastnacht die Nachbarschaften ihre Fastnachtsfeiern. Diese wurden hier anfangs dieser Woche abgehalten. Sie nahmen einen schönen, teilweise sogar einen recht gemütlichen Verlauf.

× **Vreden, 24. Febr. Gerüchte.** Es tauchten in letzter Zeit häufig Gerüchte auf, die etwas wissen wollten über Verlegung des hiesigen Amtsgerichtes. In all diesen Gerüchten ist kein wahres Wort. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren haben, denkt man bei den maßgebenden vorgesetzten Dienststellen absolut nicht daran, unter den zeitigen Verhältnissen das Amtsgericht von Vreden zu verlegen.

+ **Vreden, 24. Febr. Polizeistunde.** Eine wenig bekannte Verordnung neuester Zeit ist die, daß Gästen, die nach der Polizeistunde noch in Gastwirtschaften betroffen werden, ebenso wie der Gastwirt zu bestrafen sind. Wirt und Gast machen sich auch dann der Uebertretung schuldig, wenn beide sich zwecks einer privaten Unterhaltung nach der Polizeistunde noch in den Gasträumen befinden; diese müssen unter allen Umständen nach Feierabend geleert und geschlossen gehalten werden.

+ **Vreden, 24. Febr. Die Verordnung über die Ein- und Ausfuhr** ist mit Wirkung vom 1. März 1924 abgeändert worden. Zuständig sind von diesem Zeitpunkt ab zur Durchführung des Strafverfahrens wieder die Reichsfinanzbehörden. Alle ohne die vorgesehene Bewilligung eingeführten Waren können ohne Rücksicht auf das Vorliegen einer strafbaren Handlung ohne Entgelt zugunsten des Reiches für verfallen erklärt werden. Ueber die Rechtmäßigkeit der Verfallerklärung entscheidet auf Beschwerde das Landesfinanzamt.

*

Stadtverordnetensitzung

+ **Vreden, 23. Februar.**

Anwesend waren unter dem Vorsitz des Bürgermeisters 11 Stadtverordnete, 5 fehlten.

In der am 20. Februar stattgefundenen Stadtverordnetensitzung wurde folgendes beraten und beschlossen:

1. **Festsetzung der Gemeindesteuerzuschläge für das 4. Vierteljahr.**

Nach teilweise sehr erregter Debatte einigte man sich auf folgenden vermittelnden Vorschlag des Bürgermeisters:

Zur Grundvermögenssteuer für März sollen 200 Prozent erhoben werden (für Februar sind bereits 50 Prozent erhoben).

Für jede vollen 1000 Papiermark Gewerbesteuer sollen 8 Goldmark erhoben werden.

2. **Hebung der Viehmärkte. Vorläufiger Erlaß des Marktstandgeldes.**

Der Bürgermeister teilte mit, daß er wegen der Beschickung der Viehmärkte mit Vieh, insbesondere mit Rindvieh, an das Amt Ammeln herangetreten sei und großes Verständnis und Entgegenkommen daselbst gefunden habe für ein Unternehmen, daß sowohl für die Bürger als auch für die Stadt von gleichem Werte sei. Das Marktstandgeld wird vorläufig erlassen, um den Auftrieb von Vieh zu begünstigen. Es soll, vorausgesetzt, daß das Amt Ammeloe den Vorschlag des Bürgermeisters annimmt, in bestimmten Zeitungen jedesmal auf den Viehmarkt hingewiesen werden und dabei der Auftrieb einer bestimmten Anzahl von Rindvieh aus dem Amt Ammeloe den auswärtigen Händlern gewährleistet werden. Bedingung wäre dann natürlich, daß die Bauern des Amtes Ammeloe auch tatsächlich die vereinbarte Anzahl auf den Markt treiben und daß das Amt Ammeloe der Stadt gegenüber die Gewähr übernimmt, daß der vereinbarte Auftrieb von Rindvieh in der gewährleisteten Höhe auch tatsächlich geschieht. Dadurch haben die auswärtigen Viehhändler die Möglichkeit, auf den hiesigen Viehmärkten Vieh zu kaufen. Angebot und Nachfrage werden auf diese Weise zu Gunsten des Bauern geregelt und der Markt gibt die richtigen Marktpreise.

3. **Abgabe eines Bauplatzes an den Schornsteinfegermeister Meyering.**

Antragsteller kann unter den bekannten Bedingungen von der Bleiche am Windmühlentor, Flur 3, Nr. 1327/0241, einen 5 Ar großen Bauplatz bekommen.

* * *

Aus dem Münsterlande.

= **Coesfeld, 23. Febr. Maul- und Klauenseuche.** Auf den Gehöften des Landwirts Clemens Vogelsang in Lette und der Landwirtswitwe Anton Schulte gt. Lülf in Pocksdorf bei Lüdinghausen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

+ **Ammelsbüren, 23. Febr. Feuer.** In dem Wohnhaus des Gutes Haus Tinnen brach am Dienstag abend gegen 9 Uhr Feuer aus. Nur durch die schnelle Hilfe der Nachbarn gelang es, das Feuer zu ersticken und so die in unmittelbarer Nähe der Brandstelle liegenden und mit reichen Futtervorräten gefüllten Wirtschaftsgebäude zu retten.

= **Elten, 23. Febr. Vom sicheren Tode des Ertrinkens gerettet** wurde hier vor einigen Tagen der siebenjährige Sohn der Witwe Kansen. Ein Herr G. Olsen sah zufällig, wie der Junge, der sich an der Lobithschen Brücke am Ufer der Wild aufhielt, in den an dieser Stelle tiefen Fluß stürzte und in den Fluten verschwand. Trotz der starken Kälte sprang Herr Olsen, die Gefahr nicht achtend, dem Jungen nach und rettete ihn aus den Fluten.

= **Münster, 23. Febr. Plötzlicher Tod.** Der Maurer Franz Sander aus Nienberge stürzte während einer Vernehmung im Gerichtsgebäude, von einem epileptischen Anfall betroffen, zu Boden. Man konnte nur den Tod feststellen.

= **Münster, 23. Febr. Reifeprüfung am Schillergymnasium.** Am hiesigen Schillergymnasium unterzogen sich 7 Oberprimaner der Reifeprüfung. Sämtliche Prüflinge bestanden, 3 unter Befreiung von der mündlichen Prüfung.

Versuchen Sie einmal!

Suppen, Gemüse, Soßen und Salate werden durch einige Tropfen Maggi's Würze viel schmackhafter.

Man verlange ausdrücklich Maggi's Würze.

Stegerwald gegen neue Parteigründungen.

Im Zusammenhang mit Artikeln, welche wir am vorigen Samstag und Sonntag veröffentlichten, ist eine bedeutsame Rede von Interesse, die der Vorsitzende des deutschen Gewerkschaftsbundes, Adam Stegerwald, in der letzten Woche gelegentlich einer Konferenz hielt. Er wandte sich dabei scharf gegen das Tun der „Christlich-sozialen Volksgemeinschaft" und führte dazu u. a. aus:

„Das deutsche Parteiwesen sei sicher nicht vorbildlich und vollkommen, aber angesichts unserer trostlosen wirtschaftlichen und innerpolitischen Lage neue Parteien zu bilden, sei töricht und führe zu keinen besseren Zuständen. Dadurch werden eine Reihe Kräfte für die innere Gesundung absorbiert und die Verwirrung noch vergrößert. Das scheinen die Leute, die sich hier im Westen zu einer neuen politischen Partei der „christlich-sozialen Volksgemeinschaft" zusammengetan haben, nicht zu begreifen. Es sei vielfach behauptet, der Ausgangspunkt dieser Parteibildung sei seine Essener Rede. Das sei durchaus falsch und er wehre sich energisch dagegen, daß man ihn für derartige Sonderbündeleien in Anspruch nehme. Bei seiner Essener Rede habe ihm keinen Augenblick die Neubildung einer politischen Partei vorgeschwebt. Auch heute noch sei er für eine Zusammenfassung des gesamten christlichen Volkes zu einem einheitlich-positiv aufbauenden politischen Willen. Er habe eine Reform des Parteiwesens im Auge gehabt, wobei die Zentrumspartei das Kernstück hätte abgeben können. Aber bei der noch vielfach vorhandenen Voreingenommenheit der beiden Konfessionen habe diese Absicht noch nicht verwirklicht werden können. Bei dem innerpolitischen Durcheinander und dem außenpolitischen Druck hätte die Durchführung seiner Essener Gedanken zurückgestellt werden müssen.

Er (Stegerwald) sei schon vor einem Jahre von einem evangelischen Geistlichen aufgefordert worden sich an die Spitze einer neuzubildenden christlichen Volkspartei zu stellen. Das habe er in einem Briefe — der zur Verlesung kam — abgelehnt. Ihm sei es nie eingefallen, eine neue politische Partei zu gründen, und werde sich auch heute gegen solche Bestrebungen energisch wehren. Die christlichen Arbeitnehmer täten gut, statt sich für Sonderbündeleien herzugeben, sich in den bürgerlichen Parteien durchzusetzen, denn nur durch sachliche und praktische Mitarbeit könne man Einfluß gewinnen und die Parteien zu einer weitgehenden Berücksichtigung der Belange der Arbeitnehmer bestimmen. Mit der „christlich-sozialen Volksgemeinschaft" die sich vielfach durch unsachliches Gebahren bemerkbar mache, die Gewerkschaftsführer und Führer der bürgerlichen Parteien herunter mache, lehne er jede Gemeinschaft ab, er wisse überhaupt nicht, was diese Leute wollten. Es sei wohl leicht, durch das Aussprechen und Hervorrufen von Unzufriedenheit Gefolgschaft zu gewinnen, aber damit bekomme man kein Gramm Brot mehr und verringere die bedauerlicher Weise vorhandene große Zahl der Arbeitslosen nicht um einen einzigen. Der christliche Solidarismus, wie er von den Leuten der „christlich-sozialen Volksgemeinschaft" im Munde geführt wird, sei ein Schlagwort, mit dem sie praktisch nichts anzufangen wüßten. Die besten Köpfe der christlichen Arbeiterbewegung hätten sich schon jahrelang damit beschäftigt, wie die gleichberechtigte Einfügung der 70 Prozent Gehalts- und Lohnempfänger, die heute in Deutschland ohne jede Vermögenssubstanz vorhanden sind, in Staat und Gesellschaft am besten gelöst werden könne. Dieser Prozeß vollziehe sich nicht von heute auf morgen. Die Arbeitnehmerbewegung müsse hineinwachsen in den Volksorganismus, damit auf diese Weise eine Umgestaltung der vorhandenen, für die Arbeitnehmer unzulänglichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zustände herbeigeführt wird. Parteipolitische Splittergruppen seien zur Ohnmacht und Einflußlosigkeit verurteilt, da sie immer Anlehnung an eine starke parlamentarische Gruppe suchen müßten, das beweise das Schicksal der sogenannten christlichen Volkspartei, die vor einigen Jahren im Rheinlande auftauchte und jetzt völlig verschwunden sei. Statt die bürgerlichen Parteien und ihre Führer, die in der größten Not und schwierigsten Zeit ihre besten Kräfte dem Vaterlande zur Verfügung gestellt hätten, in häßlicher Weise zu bekämpfen, wie das bei der „christlich-sozialen Volksgemeinschaft" üblich sei, sollte die christlichen Arbeiter sich in ihren Parteien betätigen und ihre Forderungen geltend machen."

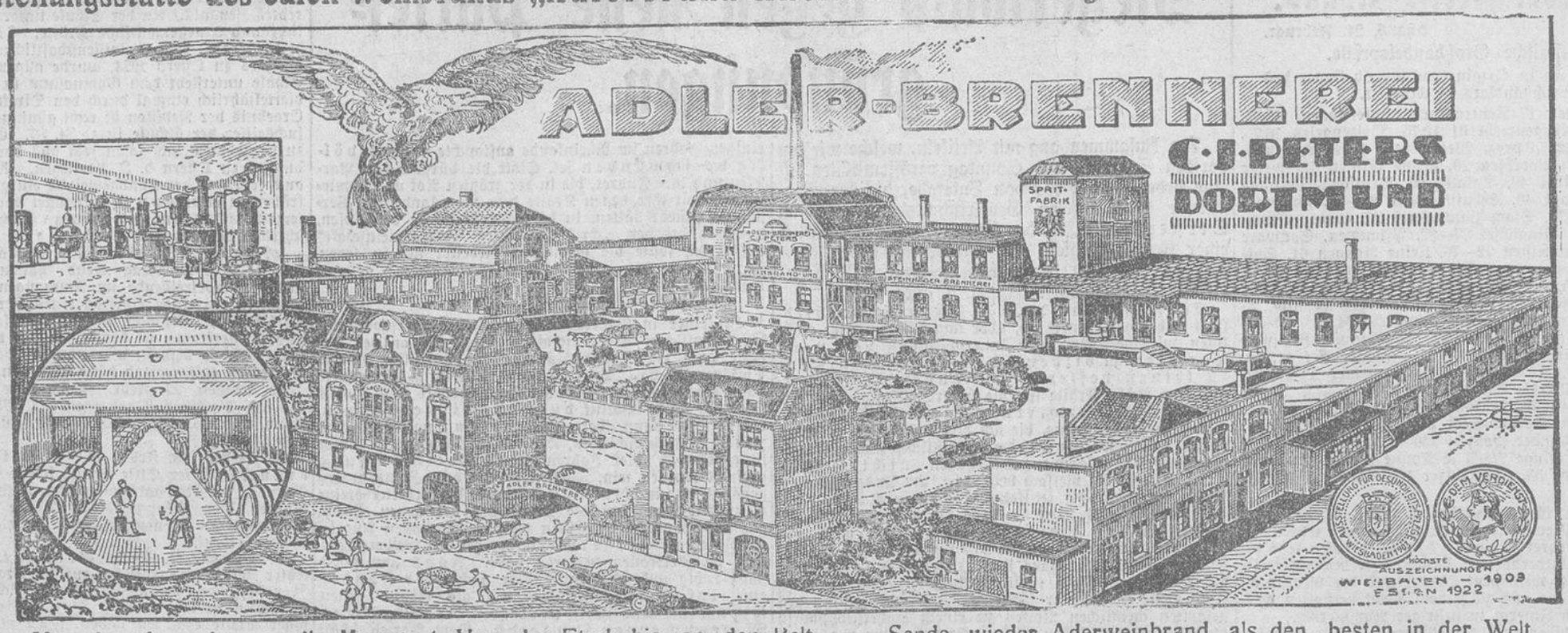
* * *

In einer in Paderborn abgehaltenen Versammlung der katholischen Arbeiterschaft beteiligte sich an der Debatte auch ein Geschäftsführer der „Christlich-sozialen Volksgemeinschaft" Doetzsch aus Duisburg. Er erklärte sich mit den Ausführungen des Hauptredners Abg. Joos über die große Politik durchaus einverstanden, bemühte sich dann aber, aus lokalen Angelegenheiten, zumeist Klatschgeschichten, Kapital zu schlagen. In Duisburg soll vor vier Jahren Wahlbeeinflussung versucht worden sein, Thyssen wurde dem Zentrum angehängt, und in Gladbeck soll durch die Arbeitervereine Gewissenszwang auf die Mitglieder der neuen Partei ausgeübt worden sein. Einen temparamentvollen Angriff machte er auf Stegerwald, der bei den Gewerkschaftlern an Vertrauen verloren habe. Joos antwortete ganz ruhig und schlagend: Wer nach vier Jahren eine lokale Angelegenheit mit als Grund gelten läßt, um eine neue Partei zu gründen, der zeugt deutlich genug gegen sich selbst. Dem Parteigeschäft zuliebe werden aus Mücken Elefanten gemacht. Man soll aufhören, uns für Leute verantwortlich zu machen, die nicht zur Partei gehören oder keine Rolle in ihr spielen. Im übrigen sei es falsch, zu verallgemeinern. Er habe selbst vor kurzem einen maßgebenden Direktor der Thyssenwerke gesprochen, der das Arbeitszeitdiktat als falsch ansehe. Der Vorredner behaupte, die Stimmung in der Arbeiterschaft besser zu kennen. Jedenfalls dürfte z. B. ein Imbusch, der doch besser als Doetzsch und Genossen die Lage der Arbeiterschaft überschaue, ein guter Anwalt der Arbeiter sein. Wer ferner über den „Zug nach rechts im Zentrum" klage, beweise, daß er nicht manns genug ist, sich durchzusetzen. Aber die Entschiedenheit schaffts nicht allein, es kommt auf Klugheit und Umsicht in den lokalen Organisationen an. Die neue Partei wird schließlich die Probe aufs Exempel machen müssen. Beschlüsse können alle, wenn sie gefaßt genug sind, fassen. Aber die Beschlüsse schaffen es nicht.

Dr. Müller-M.-Gladbach, lebhaft begrüßt von der ganzen Versammlung, sprach über die politischen Probleme vom Standpunkt der katholischen Arbeitervereine aus. Das Vorgehen gegen die neue Partei in Gladbeck verdient, wenn es sich bestätigen sollte, schärfste Mißbilligung. Es ist aber klar, daß die Stoßkraft der Arbeitervereine durch die Volksgemeinschaftspartei geschmälert wird. Wir haben nicht wie die Sozialdemokratie eine reine Arbeiterpartei und müssen den Erfolg unserer Arbeit durch die Arbeitervereine sichern. Geht die Einigkeit verloren, dann ist die Einheit hin. Kritik ist notwendig und kann förderlich sein. Aber die Stoßkraft muß erhalten bleiben! Was die Kritik am Verhalten der großen Industriekonzerne usw. angehe, so sei es geradezu die Sendung der katholischen Arbeiterbewegung, den Kampf gegen den kapitalistischen Geist durchzuführen. — Die ganze Richtung der Volksgemeinschaftspartei zeige Aehnlichkeit mit der Berlinerei in den Gewerkschaften. Wie damals ein radikales Danebenhauen! Die Absicht war gut, aber später bei der Einigung erkannte man den Fehler. Der Stoßkraft der Arbeitervereine zuliebe kann jedenfalls Agitation für die neue Partei in den Arbeitervereinen nicht gutgeheißen werden.

Lebhafter Beifall bewies, wie stark die Wirkung dieser klaren und grundsätzlichen Ausführungen auf die Versammlung war. Abg. Joos führte in seinem Schlußwort aus, warum die Arbeiterführer und die Mehrheit der Arbeiter beim Zentrum bleiben. Man könne schließlich nicht behaupten, daß sie es aus Dummheit täten! Vor allem Einigkeit, und dann mit Energie voran!

Die Herstellungsstätte des edlen Weinbrands „Adlerbrand-Anerkannt“ u. des begehrten „Sankt Reinoldi“ Abtei-Likörs.



Von der Maas bis an die Memel / Von der Etsch bis an den Belt — Sende wieder Aderweinbrand als den besten in der Welt.

Bekanntmachung

Im freiwilligen Auftrage des Besitzers, werde ich am

Montag, den 25. Februar,

nachmittags 3 Uhr anfangend, in der Schiefe straße Nr. 12, neben der Molkerei, nachstehende Sachen öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern:

1 Pferd (Wallach, 10 Jahre alt), 1 Flachwagen, 1 Brotwagen, 1 Rind (schwarzbunt) u. 1 Pferdegeschirr.

Gronau, den 23. Februar 1924.

Hermann ten Dam,
beeid. Auktionator.

Sämereien

für Garten und Feld,

Obstbäume,
Beerenobst,
Rosen,
Ziersträucher aller Art usw.

B. Stenau,
Gartenbau und Samen-Handlung,
Epe i. W.

Sport-Brevier

Ein klassisches Sportbuch mit Beiträgen der ersten Sportautoritäten u. vielen Illustrationen

Buch- u. Kunsthandlung (Lehrmittelanstalt) von Gebr. Lensing, Dortmund



HERMES EXTRA BRAND
DER FÜHRENDE DEUTSCHE WEINBRAND
HEINR. HERMES, A.G.
M.GLADBACH, RHLD.

LEIPZIGER MESSE

FRÜHJAHR 1924
2.-8. MÄRZ

Durch günstigen Einkauf

bin ich in der Lage, zu äusserst billigen Preisen zu liefern:

Zigaretten zu 1½, 2, 2½, 3 Pf. usw.
Doppelformate von 5 Pf. an
Zigarillos von 3 Pf. an
Zigarren, 5, 6, 7, 8, 10 Pf. usw.
Tabak rein Uebersee-Tabake 50 gr. 15, 20, 25 Pf.
100 gr. 50, 60 Pf. u. s. w.
Rippentabak, rein Uebersee 100 gr. 35 Pf.

Gleichzeitig empfehle mein grosses Lager in:
Zigarettenmaschinen, Kurzpfeifen, Tabakdosen, Zigarettenpapier, Doms- u. Goldperl-Schnupftabake

Zigarren-Börse Leo Husel
Gronau i. W., Bahnhofsstrasse

Wiederverkäufer und Wirte wollen Sonderofferte einholen.
Mengenabgabe und Zwischenverkauf vorbehalten.
D. O.



Radio! Radio!

Behm-Telefunken-Lizenz
einzelne Bezirke frei
Nordwestdeutsche Heimradio G.m.b.H.
Münster i. W. Servatiiplatz 33c
Fernsprecher 3777 Fernsprecher 3777



Billig! Goldene Trau- und Verlobungsringe moderne Kugelringe massiv Gold 8 karat 333 gest. pr. Stck. von G.-M 4,25 an, massiv Gold 14 karat 585 gest. pro Stck. v. G.-M 7,00 an. Gravieren, Enger- und Weitermachen sämtl. bei mir gekauften Ringe sofort u. kostenlos! Versand erfolgt p. Nachnahme; bei Bestellung bitte als Maß Papierstreifen um den Finger zu legen u. mit einzusenden.

Martin Roßkamp, Gronau i. Westfalen, Fernr. 347. Juwelen, Uhren, Gold-, Silber-, Nickel- und Messingwaren, Krystall und Kunstporzellan. Eines der größten Unternehmungen dieser Art im Münsterlande! In allen Abteilungen sachmännische Bedienung und Beratung! — Bei Einkauf für 30.— G.-M vergütet einmalige Eisenbahnfahrt 3. Klasse in Entfernung von 10 Km.

Westfalenkost.

Praktisches Kochbuch für jeden Westfalen in Stadt und Land.
Vorrätig in der Buchhandlung Gebr. Lensing.

Brot billiger geworden!

Infolge geringerer Unkosten als die der Konkurrenz von Brotwaren, sind wir in der Lage, unsere Brotvorräte zu ermäßigten Preisen zu verkaufen und zwar kostet von Montag, den 25. Februar ab:

ein	5 Pfd.	Roggenbrot	0.70	Mk.
„	3 „	„	0.40	„
„	5 „	Kaßlerbrot	0.70	„
„	3 „	„	0.40	„
„	3 „	Weißbrot	0.50	„
„	1½ „	„	0.25	„

Wir weisen besonders darauf hin, daß wir Brotgewicht und Tagesgewicht liefern. Wir machen unsere verehrte Kundschaft in ihrem Interesse darauf aufmerksam, das Gewicht und den Preis des Brotes mit dem der anderen Konkurrenz zu vergleichen. Unsere Fabrikate werden in gleicher Qualität wie bisher hergestellt.

Hausfrauen sparen in dieser ernsten Zeit Geld und holen ihr Brot bei:

Stephan Biedenheus, Heinr. Schlamann, Heinrich Okhuis, F. L. Stenfers, Wilhelm Meyer, Adolf Aufderhaar.

Asthma

kann in etwa 15 Wochen geheilt werden (Reiztherapie). Sprechstunden des nach meinem Verfahren sachlich gebildeten Arztes in Münster, Bispinghof 16, part., jeden Montag von 9—1 Uhr. Spezialarzt Dr. med. Ziegelroth.

Alle Drucksachen
wie
Formulare,
Tabellen,
Werke,
Broschüren,
Preislisten,
Adreßkarten,
Rechnungen,
Zirkulare,
Mitteilungen,
Briefbogen,
Kuverts,
Visiten- und
Glückwunschkarten,
Verlobungs-,
Vermählungs-
Geburtsanzeige
Trauerbriefe,
Totenzettel,
Trauerkarten
u. s. w.
liefern prompt und zu zeitentsprechenden Preisen

Gebr. Lensing
Buchdruckerei

Ia. Sauerländer
Weißkalk
zum Bauen u. Düngen nur waggonweise liefert
B. Levermann,
Akt.-Ges.,
Münster i. W.
Tel 2482 und 2481.

Krätze

Nur Barachol
[illegible] Krätzmilben [illegible] Körper einzureiben [illegible] einfaches Einreiben der Hände. Das sicherwirkendste und einfachste auf diesem Gebiete.
Verlangen Sie ausdrücklich
Barachol.
zu haben in den Apotheken und Drogerien.
Fabr. Pharma, Münster i. W.

Braves Mädchen
nicht unter 18 Jahren gegen hohen Lohn ges.
Selbiges kann sich in der Küche ausbilden.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dies. Zeitung in Ahaus.

Metallbetten,
Stahlmatratz., Kinderbett, dir. a. Priv. Kat 42 H fr. Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

Habe meine **Sprechstunden** wie folgt geändert: 9—1 Uhr; 2—½7 Uhr, außer Samstag nachmittag.
Sonntag von 9—1 Uhr.
Dr. med. dent. Corbeck,
Zahnarzt,
VREDEN.

Hotel zum Engel

Besitzer: **Hans Casprowiak.**

Sonntag, den 24. Februar 1924:

Neueröffnung
des Hotels
und der kleinen Börse.

Dortmunder Union-Bier.
Qualitätsweine und feinste Küche.

Unentbehrlich für jeden Betriebsinhaber!

Kontobuch über zu zahlende und gezahlte Reichssteuern
(Lohnsteuer, Einkommensteuer Umsatzsteuer)
mit Erläuterungen. Auf Grund der neuesten Verordnungen bearbeitet von den
Steuerinspektoren GUSE und SCHRÖDER
24 Seiten 21×33 cm holzfreies Papier, in kräftigem Kartonumschlag mit Titeldruck.
Einzelpreis Goldmark 1.50.
A. Niewerth, Epe i. W.

Nur 6 G.-Mark
50 G.-Pfg.



kostet diese schön versilberte Herrenuhr mit zwei vergoldeten Rändern, echtes Emaille-Zifferblatt, gut regulierendes Zylinderwerk, 1 Jahr schriftliche Garantie für guten Gang. Versand erfolgt per Nachnahme; bei Voreinsendung des Betrages Porto frei!

Martin Roßkamp, Gronau i. W., Fernruf 347

Juwelen, Uhren, Gold-, Silber-, Nickel- und Messingwaren, Krystall, Kunstporzellan.

Eines der größten Unternehmungen dieser Art im Münsterlande. Zu allen Abteilungen sachmännische Bedienung und Beratung! — Bei Einkauf für 30.— G.-Mark vergütet einmalige Eisenbahnfahrt 3. Kl. in Entfernung von 10. Klm.

ALLE WÜRMER
(auch Bandwurm)
verschwinden
durch
Sanoverol
das
sicher wirkende Mittel für
Kinder (I) u. Erwachsene (II)

Hamburger Kaffee-Groß-Rösterei sucht per sofort tüchtigen
Reisenden
für den Besuch von Privatkundschaft gegen hohe Provision für den Verkauf von roh. u. gebr. Kaffee, Misch-Kaffee, Kakao und Tee in Postkolli.
Gefl. Offerten erbeten unter H. W. 3185 an Rudolf Mosse, Hamburg 1.